

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition 50 Pf. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Dürnberg, 8. Juli 1893.

Insertate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Werthe Genossen! Wie Ihr aus Nr. 24 dieser Zeitung ersehen haben werdet, findet am 4. und 5. August in Zürich ein internationaler Metallarbeiter-Kongress statt, zu welchem seitens des einberufenden Komitees die nöthigen Vorbereitungen getroffen sind. Da es gewiß keiner weiteren Begründung bedarf, daß auf diesem Kongresse auch die deutschen Metallarbeiter sich vertreten lassen müssen, so ergreifen die Unterzeichneten im Einverständnis mit zahlreichen Genossen in Deutschland die Initiative, Euch zur Besichtigung dieses Kongresses zu veranlassen. Wir schlagen Euch vor, zwei Delegirte dahin zu entsenden, und zwar die Genossen **Martin Segitz** in Fürth und **Aug. Junge** in Stuttgart.

Die Wahl der Delegirten darf nur in öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen erfolgen.

Vom Bureau der Versammlung ist jedem der Delegirten ein Mandat auszustellen und denselben bis spätestens 1. August zuzusenden.

Da die Zeit nur noch eine kurze, so ersuchen wir die Versammlungen schleunigst einzuberufen.

Mit kollegialem Gruß

W. Mehger, Hamburg.

S. Scherm, Nürnberg.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

An die Arbeiter aller Länder!

Werthe Genossen! Wir laden Euch hiermit ein, Eure Abgeordneten zu wählen und uns deren Namen mitzutheilen, so weit das nicht schon geschehen ist. Der Kongress findet nach dem von der Brüsseler Konferenz genehmigten Vorschlage des Organisationskomitees statt vom 6. bis und mit dem 12. August im großen Saal der Tonhalle in Zürich.

Das gewonnene Lokal wird auch bei einer sehr starken Theilnahme genügen und steht die ganze Zeit des Kongresses zur Verfügung. Den Nationalitäten werden für ihre Sitzungen besondere Säle zur Verfügung gestellt, die ihnen rechtzeitig angezeigt werden. Für anständige Quartiere zu mäßigen Preisen, sowie für gute und billige Speisegelegenheit werden wir Vorkehrungen treffen.

Die Arbeiterschaft der Schweiz und speziell die von Zürich wird es sich angelegen sein lassen, ihre Arbeitsbrüder als willkommene Gäste zu empfangen, sie werden sich hier als unter Brüdern fühlen. Für den Eröffnungstag, den 6. August, ist ein großer Umzug mit Versammlung auf einem gutgelegenen öffentlichen Plage zur Begrüßung der Abgeordneten geplant. Auf einen Abend in der Woche bereiten wir eine große gemeinsame Abendunterhaltung vor und am Schlusstage, den 12. August, Nachmittags, hoffen wir, unsern lieben Gästen

eine Fahrt auf dem schönen Zürichsee mit Extradampfer anbieten zu können.

Zur Belebung des Kongresses, sowie als Führer zu Spaziergängen in die schöne Umgebung am Morgen- und Abendstunden werden hiesige Genossen bereit sein.

Indem wir uns bemühen, für die Unterkunft der Delegirten, für die Arbeiten des Kongresses, wie für die Unterhaltung in der freien Zeit alles so gut als möglich zu organisieren, hoffen wir auch auf eine recht starke Theilnahme der Abgeordneten aller Länder am Kongress.

Werthe Genossen! Wir brauchen Euch nicht zu sagen, denn Ihr habt selbst mitgewirkt: Der Vorschlag der sozialistischen Arbeiterorganisation aller Länder ist in den letzten Jahren ein großartiger gewesen. Ueberall ist die Bewegung bedeutend stärker geworden und sie ist in immer weitere Kreise gedrungen. Der Internationale sozialistische Arbeiterkongress von 1893 in Zürich soll ein imposantes Bild dieses Vorschlages geben. Er wird sich in einer Stadt und in einem Lande versammeln mit den freiesten politischen Einrichtungen, die jetzt existieren, er wird sich also ganz frei bewegen können. Wir laden Euch ein, möglichst viele Abgeordnete zu schicken zum großen Tage der Verbrüderung aller Arbeiter. Möge der Kongress in Zürich eine wahre Station sein zur Erfüllung des großen Mahnrufs:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Mit Brudergruß!

Zürich, den 15. Juni 1893.

Das Organisationskomitee.

Die Nationalisierung der Gesundheitspflege.

Dieses Thema wurde vor einiger Zeit in der „Die Neue Zeit“ besprochen. Jetzt führt ein Dr. B. in derselben Zeitschrift Folgendes aus:

Es ist kein Zweifel, daß zu einer Zeit, wo eine Vergesellschaftung aller Thätigkeit und aller Betriebe durchgeführt ist, auch eine Nationalisierung der Gesundheitspflege ebenso selbstverständlich als einfach durchführbar sein wird, auf welchem Standpunkte die Wissenschaft dann auch stehen, wie weitgehende Forderungen sie dann auch stellen mag. Ob, wie einer meiner Freunde behauptet, nach Beseitigung aller sozialen Uebel, die aus dem Boden der heutigen Produktionsform emporwachsen, ob dann auch alle oder doch die meisten Krankheiten von selbst verschwunden sein werden, oder ob selbst dann noch die einschneidendsten Maßnahmen notwendig sein werden, um die Gesamtheit oder Theile derselben vor Krankheit zu schützen, jedenfalls werden dann keine Schwierigkeiten mehr bestehen, alles, was der Stand der medizinischen Erkenntnis verlangt und ermöglicht, auch in die Wirklichkeit zu überführen.

Hier aber handelt es sich augenscheinlich und ausdrücklich um einen Vorschlag, dessen Ausführung sich an die heute be-

stehenden Verhältnisse mindestens anzulehnen hätte, und da ist es wohl am Platze, meine abweichende Meinung zu äußern.

Es ist sichtlich im höchsten Grade wünschenswerth und zu erstreben, daß ebenso wie z. B. die Rechtspflege, auch die Gesundheitspflege zentralisirt werde. Das hat man ja u. A. auch im Sommer 1892 in Deutschland gesehen, als die Cholera in Hamburg herrschte und die verschiedenen deutschen Städte auf mehr oder weniger abenteuerliche Weise sich gegen den unheimlichen Gast zu schützen suchten; die blinde Angst, mit welcher die unzweckmäßigsten Maßregeln ergriffen wurden, hat — ein Beispiel statt vieler — gezeigt, wie wenig oft die in jedem einzelnen Falle dazu berufenen Personen geeignet waren, das wirklich Nothwendige und Zweckentsprechende herauszufinden, während dieselben Leute bei zweckmäßiger Direktive von einem Centralpunkte aus höchst wahrscheinlich ganz brauchbare Organe gewesen sein würden. Denn eine ihrer Aufgaben in jeder Hinsicht gewachsene Centrale hätte alles Ueberflüssige und darum Schädliche unterlassen, ohne deswegen den wirklichen Schutz des öffentlichen Wohls darum im Geringsten zu vernachlässigen.

Während aber das Vorhandensein einer Centralstelle für die Leitung der Gesundheitsverhältnisse heutzutage nahezu eine unabwägbare Forderung darstellt, ist es doch sehr fraglich, ob als solche das (wenn auch nach Herrn Ellis reformirte) Krankenhaus „in innigem Zusammenhange mit den sich immer mehr vermehrenden Sanitätsorganisationen des Landes“ empfehlenswerth sein würde. — Die medizinische Thätigkeit zerfällt in zwei Hauptabtheilungen, die Behandlung und die Verhütung von Krankheiten. Sehen wir zu, in welcher Weise das Krankenhaus diesen beiden Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Heutzutage (!) liegen allerdings für mehr als die Hälfte aller Menschen die Verhältnisse derartig, daß im Krankheitsfalle ein gut eingerichtetes Krankenhaus für sie ein geeigneterer Aufenthalt ist und ihnen größere Chancen für ihre Genesung gewährt als ihre Privatwohnung.

Es sei auch zugegeben, daß für alle Menschen, die sich einem größeren chirurgischen Eingriff unterziehen müssen, ein Krankenhaus, eingerichtet nach allen Forderungen der modernen Chirurgie, dem Privathause vorzuziehen ist. Für den Rest aller Kranken und Krankheiten aber ist unter günstigen oder selbst mäßigen äußeren Verhältnissen keine Spitalbehandlung beziehungsweise -pflege im Stande, so Ausgezeichnetes zu leisten, wie eine sachgemäße und vernünftige Pflege im Hause, von Seiten zärtlicher Angehöriger. Es ist geradezu unmöglich, in einem öffentlichen Krankenhause jedem einzelnen Patienten die Sorgfalt und Pflege angedeihen zu lassen, wie er sie — immer von dem günstiger gestellten Theil der Kranken gesprochen! — zu Hause erfährt. Und die bisherige Lebens-

weise des Patienten, seine Charakter- und Gemüthsanlage, seine Neigungen u. s. w. verdienen in so zahlreichen Fällen eine so eingehende und individualisirende Berücksichtigung bei der Aufstellung des Heilplans, *) daß am besten Leute, denen der Patient genau bekannt ist, als Ärzte und Pflegepersonen, in Anwendung kommen. Man darf ebensowenig den psychischen Effekt, den die bloße Trennung des Kranken von seiner Familie hervorbringt, unterschätzen — auch in Bezug auf das Zustandekommen der Genesung! — als die Grausamkeit, der Familie ein Mitglied in krankem Zustande zu entführen, abgesehen selbstverständlich von den Fällen, wo eine ansteckende oder gewisse Geisteskrankheiten eine Krankenhausbehandlung unbedingt verlangen, oder überhaupt die äußeren Verhältnisse sie nothwendig machen. In solchen Fällen beugt man sich wohl einer zwingenden Nothwendigkeit, aber ohne solche kann man von keinem Menschen verlangen, daß er sich von einem seiner Lieben trenne, der sich in schwerer Krankheit und Gefahr befindet. Und gerade solche Fälle würden doch in erster Linie dem Krankenhause angewiesen werden müssen. (Leichtere Fälle würden naturgemäß der ambulatorischen Behandlung, das heißt der Behandlung über die Straße, also in der Sprechstunde oder Poliklinik, zufallen, wünschöhen die ärztliche Thätigkeit in der Wohnung des Patienten nicht stattfinden soll; **) und die Fälle, in denen der Patient seinen Berufsgeschäften mehr oder weniger ungestört nachgehen kann, gleichwohl aber einer Behandlung bedarf, sind die bei weitem zahlreichsten.) So würde in zahlreichen Fällen — gewiß mehr als ein Drittel aller — die Krankenhausbehandlung theils aus psychischen und noch mehr aus rein sachlichen Gründen keine bessere, sondern eine schlechtere Prognose für die Genesung gewähren als bisher und eine entsprechende Maßregel würde also für

*) Ich möchte mich gerade dagegen wehren, daß der Betrieb der Medizin, einer Wissenschaft, ohne Weiteres durch den gleichen Gesichtspunkt, wie der eines industriellen Establishments beurtheilt, beziehungsweise eingerichtet werde. Wenn wohl allgemein anerkannt ist, daß das erste Erforderniß für eine wirklich gezielte ärztliche Thätigkeit ist, streng und gewissenhaft zu individualisieren, so wird man auch zugeben müssen, daß höchstens für die ökonomische Seite der Frage, keineswegs aber für die ärztliche ein solcher Vergleich statthaft ist.

**) Es geht aus dem Referate nicht hervor, ob Herr Ellis auch für die obligatorische Krankenhauspflege eintritt, es ist jedoch höchst wahrscheinlich, weil, um die Krankenhäuser wirklich zu Bentzen der medizinischen Thätigkeit zu machen, gesetzgeberische Maßnahmen nöthig wären, die den Krankenhäusern ein vollkommenes Uebergewicht über jede andere Heilthätigkeit gäben, daß alle anderen verflümmern müßten und dann dem leidenden Theile der Menschheit nichts anderes übrig bliebe, als in das Krankenhaus zu gehen. Wenn freilich für die große Mehrheit der Kranken nicht anders zufriedenstellende Bedingungen zu schaffen wären, so gäbe es keine große Wahl und die Minderheit müßte darauf verzichten, ihre Wünsche berücksichtigt zu sehen; aber so liegt meiner Ansicht nach die Sache nicht.

einen so beträchtlichen Theil der Kranken eine Verschlechterung bedeuten, was doch keineswegs beabsichtigt sein kann.

Dabei habe ich immer noch die — technisch und sanitär — günstigsten und best-eingerichteten Spitäler Deutschlands im Sinne, deren Zahl eine überaus beschränkte ist. Die meisten Krankenhäuser, vor allem die städtischen, suchen aus finanziellen Gründen an Arzt und Wartepersonal möglichst zu sparen, wodurch sowohl deren Quantität als besonders Qualität weit hinter dem Erforderlichen zurückbleibt; namentlich das Material, aus dem das Wartepersonal besteht, ist (wegen der niedrigen Löhne) durchaus nicht für diese wichtige Amt genügend vorgebildet. Ebenfalls an dem Geldpunkte scheitern oft die verschiedenen Verbesserungspläne, die der eine oder andere ärztliche Leiter zum Wohle der Kranken durchgeführt wissen möchte. Ausnahmen bilden gewöhnlich nur die Universitäts-Krankenhäuser, denen man, ihrer wissenschaftlichen und Lehrgewende halber, ihre oftmals ganz riesigen Defizite halb mehr halb weniger bereitwillig durchgehen läßt. Und es ist nicht abzusehen, wie in diesem Punkte — daß die ungeheure Mehrzahl der Krankenhäuser auf einem weit niedrigeren Niveau als die wenigen Musteranstalten der Zeit steht — Wandel geschaffen werden soll, so lange auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (von einem abgesehen) die Sparsamkeit das erste Prinzip sein und bleiben muß; da begnügt man sich eben mit dem Allernothwendigsten, und wenn im Laufe der Zeit irgend eine Neuerung, die Geld kostet, immer unabwieslich erforderlich wird, so bedarf es größter und oft wiederholter Bemühungen, um sie endlich einzuführen. Damit soll natürlich nur gesagt sein, daß und warum die Krankenhausbehandlung, so lange verschiedene Klassen existieren, nur für die ärmsten der Kranken eine Verbesserung gegen die häusliche Pflege bedeutet, während der gesammte Mittelstand im eigenen Heim besser daran ist als im Spital.

So glaube ich gezeigt zu haben, wie das Krankenhaus unter den heutigen Verhältnissen selbst keine spezielle Funktion, die Heilung von Krankheiten, nicht vollkommen, ja nicht einmal so gut wie in zahlreichen Fällen häuslicher Behandlung und Pflege zu erfüllen vermag. Nun bezieht sich aber die Gesundheitspflege nicht nur auf die Wiederherstellung, sondern sehr wesentlich auch auf den Schutz der Gesundheit, das heißt ihre Aufgabe ist nicht nur die Heilung, sondern auch die Verhütung von Krankheiten. Und diesem Theil der Gesundheitspflege kann naturgemäß das Spital noch weit weniger dienen! Der Spitalarzt sieht den Kranken allein, losgelöst von seiner Umgebung, er hat keinen Ueberblick, oft keine Vorstellung von den Verhältnissen, unter denen der Patient für gewöhnlich existiert, von seinen Arbeitsbedingungen, von den zahllosen Dingen, die als Krankheiten verursachende oder begünstigende Momente aufzufassen wären. Zwar erzählt der Kranke oder einer seiner Angehörigen fast immer irgend einen, gewöhnlich höchst belanglosen Umstand, den er für seine Erkrankung verantwortlich macht, aber es leuchtet ein, daß diese „anamnestischen“ Angaben verschwindend selten einen wissenschaftlichen Werth haben. Der Arzt kann diese Angaben nicht einmal für den Heilplan in jedem speziellen Falle verwerten, geschweige denn daraus Schlüsse auf die Ursachen der betreffenden Krankheit im Allgemeinen ziehen. Der Privatarzt dagegen, der den Kranken in seiner gewöhnlichen Umgebung sieht, der mehr oder weniger genau die Einzelheiten seiner Lebensführung und Thätigkeit überblicken kann, der im Privathause oft diesen oder jenen bedeutungsvollen Umstand bemerkt, den von 50 Kranken 49 gar nicht erwähnen, weil sie ihn für völlig bedeutungslos halten, dieser kann schon eher

hier oder dort einen glücklichen Griff thun, der ihm über die Entstehung einer Krankheit und ihre Ursachen Aufschluß oder wenigstens gewisse Anhaltspunkte gewährt. Ganz besonders günstig in dieser Beziehung sind die Hausärzte gestellt, sie kennen die Lebensweise, den bisherigen Gesundheitszustand, den Entwicklungsgang des einzelnen Klienten, die sanitären Verhältnisse seiner Familie, seiner Umgebung, kurz sie sind bei einretender Erkrankung am besten unterrichtet über die ungemein wichtigen Hilfskräfte, die ihnen der Organismus des Patienten an die Hand gibt, und werden schon in jedem einzelnen Erkrankungsfall allen ärztlichen Konkurrenten gegenüber einen weit günstigeren Stand haben. Aber noch viel mehr! Sie werden die erfolgreichste vorbeugende Thätigkeit entfalten können; z. B. die Disposition zu zahlreichen Krankheiten ist erblich, die Aufgabe des Hausarztes ist es, in solchem Falle auf die Beseitigung der Disposition sein Augenmerk zu richten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß dieser Disposition entgegen gearbeitet werde, oder daß der damit Befasste nach Möglichkeit gewisse Faktoren vermeide, die erfahrungsgemäß in seinem Falle leicht die betreffende Krankheit „zum Ausbruch kommen lassen“, oder wie es richtiger hieße, den Einbruch, nämlich in den dazu disponirten Organismus, begünstigen. Es ist natürlich, daß nicht alle Ärzte auf diesem Gebiete gleich Gutes leisten, und so lange nicht die Befähigung, sondern der Geldbeutel die Berufswahl bestimmen, so lange werden in den Leistungen der einzelnen Ärzte die größten Unterschiede zu Tage treten. Aber es gibt doch genug kritisch veranlagte, gut beobachtende Ärzte, daß man sich von einer gut organisirten hausärztlichen Thätigkeit die allergrößten Fortschritte in der Erkenntnis von den Ursachen der Krankheiten versprechen dürfte. Allerdings dürfte die Institution der Hausärzte nicht auf die wohlhabendsten Klassen beschränkt sein wie heutzutage, sondern die großen Massen und sie vorzugsweise müßten daran theilnehmen können, denn nur aus großen Zahlen lassen sich allgemein gültige Gesichtspunkte ableiten. Dazu wäre denn in erster Linie notwendig, daß Jedermann unentgeltlich ärztliche Hilfe zu verlangen hätte, was wiederum zur Voraussetzung hätte, daß sämtliche Ärzte vom Staate angestellt und besoldet würden. Meiner Ansicht nach muß die Gesundheitspflege zunächst im Privathause wurzeln, wenn sie ihrer wichtigsten Aufgabe, — das ist der Schutz, nicht die Wiederherstellung der Gesundheit! — gerecht werden soll.

Nun wird vielleicht eingewendet werden, daß man beide Institutionen, das Zentral-Krankenhaus und den Hausarzt, neben einander bestehen lassen könnte; das ist aber meiner Ansicht nach — wie schon oben angedeutet — nicht gut möglich. Höchst wahrscheinlich würde das zentralisirte Krankenhaus die in seinem Wirkungsgebiete befindlichen Ärzte schneller oder langsamer entweder erdrücken oder aufsaugen, wie man in großen Städten, schon heute bei der freien Konkurrenz, bis zu einem gewissen Grade angedeutet findet.

Das Publikum geht doch nur ins Spital, beziehungsweise in dessen poliklinische Sprechstunde, wenn es sich krank fühlt; tüchtige, nicht mit Arbeit überlastete Hausärzte aber können unter Umständen sehr häufig das Auftreten der Krankheit überhaupt verhüten.

So meine ich, daß der Schwerpunkt der ärztlichen Thätigkeit in den „Hausarzt“ zu verlegen ist, einmal wegen der vorbeugenden Thätigkeit in den einzelnen Fällen, dann wegen der wissenschaftlichen Erforschung der Krankheitsursachen im Speziellen wie im Allgemeinen. Wenn heute die Hausärzte diese letztere Aufgabe noch mangelhafter als die erstere lösen,

so liegt das meiner Ansicht nach zum Theil daran, daß nur die Wohlhabendsten einen Hausarzt halten können, zum Theil daran, daß die meisten Ärzte überhaupt diesem wichtigeren Zweige ihres Berufes sehr gleichgültig gegenüberstehen, weil dabei für sie wie für den einzelnen Kranken nicht so viel herauskomme, schließlich auch daran, daß sie keine Zeit dazu haben oder zu haben glauben. Meiner Ansicht nach ist in dem Kapitel von der Weltologie — ich meine damit die Endursachen! — der Krankheiten noch so viel jungfräulicher Boden, weil die Forschung vorwiegend auf Krankenhaus und Laboratorium beschränkt ist. Der Hausarzt der Zukunft aber ist, wie ich meine, gerade zur Ausfüllung dieser klaffenden Lücke berufen, wenn er nämlich nicht mehr durch den Egoismus materieller Interessen oder sonstige Gründe sich veranlaßt fühlen wird, das Hauptgewicht seiner Thätigkeit auf die „Therapie“ zu legen.

Selbstverständlich will ich nicht, daß die Krankenhäuser verschwinden sollen; sie sind heute und auf lange hinaus unentbehrlich. Aber sie sollen ihre Stellung als, wenn auch integrirende, so doch nur nebeneinander Faktoren in der Gesundheitspflege haben, nicht zu Zentren der gesammten medizinischen Thätigkeit werden.

Es versteht sich am Rande, daß auch ich einer möglichststen Verdollkommnung der Krankenhäuser das Wort rede, als die weitgehendsten Verbesserungen in technischer Hinsicht ebenso wünsche, wie in ihrer sozialen Stellung, so daß die unentgeltliche Krankenhausbehandlung gleichermaßen wie die — man gestatte den Vergleich — unentgeltliche Rechtspflege als etwas Selbstverständliches und nicht mehr als etwas Beschämendes oder gar Entehrendes angesehen werden kann. Es soll der Hausarzt in jedem Falle, wo er es aus irgend welchen Gründen für rationell und notwendig hält, den Patienten dem Krankenhaus überweisen können, ähnlich wie es heute schon in tausenden von Fällen durch die Rassenärzte geschieht. Wie schon, jetzt das Gesetz die Arbeiter zwingt, in gesunden Tagen ihre Rassenärzte zu befolgen und Krankenunterstützungsgelder anzusammeln, was ihnen dann in Krankheiten zu statten kommt, warum sollte es nicht möglich sein, die Gesamtheit in ähnlicher Weise zur Sorge um ihre Gesundheitsverhältnisse zu verpflichten! Eine Ausgabe, die sich wahrlich rentiren würde, da bei zweckmäßiger und konsequenter Durchführung der besprochenen Maßregeln eine ungeheure Menge von vorübergehender oder dauernder Arbeitsunfähigkeit verschwinden würde.

So gut wie der Staat, also die Gesamtheit, schon heute zahlreiche Ärzte, wenn auch relativ nur wenige anstellt und besoldet, so könnte er auch alle Ärzte zu seinen Beamten machen; er wird dies müssen, wenn er will, daß die ärztliche Thätigkeit nicht mehr im Dienst von Privatinteressen steht, sondern das allgemeine Wohl und die Besserung der gesammten Gesundheitsverhältnisse zur alleinigen Norm erhalte.

Ein Reichsgesundheitsrath, der nicht bloß aus Ärzten und Verwaltungsbeamten bestünde, sondern ebenso gut Techniker, Fabrikbesitzer, Arbeiter der verschiedenen Berufe zu Mitgliedern hätte, müßte die oberste Zentralstelle für die Gesundheitspflege werden. Seine wissenschaftlichen Organe müßten, neben entsprechend dirigirten Krankenhäusern, genügend zahlreiche Hausärzte sein, ebenso wie die Krankenbehandlung im Speziellen jedem dieser beiden Faktoren an seinem Orte zugewiesen sein müßte. Beide Theile müßten, unter Kontrolle der Centrale, einander in die Hände arbeiten; die Forschung im Laboratorium bedarf ebenso der Unterstützung durch den wissenschaftlich thätigen Hausarzt, wie die Pflege im Privathause jederzeit durch das Kranken-

haus muß ersetzt werden können. Keiner dieser beiden Faktoren darf dominiren, wenn er nicht den anderen total beseitigen soll, und beide sind doch, wie ich gezeigt zu haben glaube, notwendig, um der Gesundheitspflege wirklich große Fortschritte zu ermöglichen.

Umschwung.

Daß man im Bürgerthume die Sozialdemokratie heute mit ganz anderen Augen ansieht als noch vor wenigen Jahren, daß nicht allein die kindische Furcht vor ihrem „Umsturz“ beinahe geschwunden ist, sondern sogar eine starke Empfindung für die Berechtigung und Vernünftigkeit ihrer Bestrebungen bereits kräftig Wurzel gefaßt hat, ob man sich auch sträubt, es einzugestehen, das haben die letzten Wahlkämpfe mehrfach bewiesen. Sogar vielen gegnerischen Presseorganen, Wahlflugblättern u. dgl. konnte man deutlich anmerken, daß sie weit mehr Agitationsmache waren, als der Ausdruck aufrichtiger Gesinnung.

Wenn nur die liebe Eitelkeit und Rechthabererei nicht wäre; manche ehrliche bürgerliche Haut würde rund heraus zugehen: wir haben uns früher in der Beurtheilung der Sozialdemokratie getäuscht, wir kannten sie nur aus gegnerischen Schriften und Meppillenfabrikaten und haben uns daher ein ganz falsches Bild von ihr gemacht; jetzt, da wir sie von Angesicht zu Angesicht kennen lernten, sehen wir ein, daß es eine Karrikatur gewesen. — Allein dazu kann sich der Parteilensich nicht leicht aufschwingen, und so können wir denn oft hören und lesen, die Sozialdemokratie sei in letzter Zeit viel ordentlicher, braver und zäher geworden, sie sei nicht mehr, was sie früher gewesen, sie habe sich der bürgerlichen Gesellschaft genähert, weshalb diese ihr auch nicht mehr so schroff gegenüberstehe.

Es geht diesen guten Leuten, wie den Reisenden in einem Eisenbahnzug, denen es auch vorkommt, als ob der Zug still stünde und die Gegend ihnen entgegenkomme, während das Umgekehrte der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist heute, was sie von jeher gewesen ist, wenn sie sich auch in Nebendingen „gemausert“ hat.

„Habt Ihr Euch nicht neuerdings von den Anarchisten losgesagt?“ wurde uns in einer Wählerversammlung entgegengehalten. Mit Nichten, denn Sozialdemokratie und Anarchismus hatten nie mehr miteinander gemein als die Negation des Klassenstaats; in ihrem positiven Ziel sind beide die denkbar schärfsten Gegensätze; der Sozialismus ist zentrifugal, der Anarchismus ist zentrifug — das sozialistische Prinzip heißt Organisation, das anarchische Atomismus. Man darf nur ein wenig die Entstehungsgeschichte beider Bewegungen kennen, um zu wissen, daß sie zu keiner Zeit parallel liefen.

Dann wird wiederum behauptet, die Sozialdemokratie habe erst in neuerer Zeit angefangen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Forderungen zu stellen. Wie mußten wir kürzlich lächeln über die Raibetät eines großen linksliberalen Blattes, das in einem Leitartikel, überschrieben „Die Rückbildung der Sozialdemokratie“, ernsthaft versichert, die Sozialdemokratie sei „in einer Umwandlung begriffen, durch die sie aufgehört wird, die radikale Umsturzpartei zu sein, als die sie vor Jahrzehnten in's Leben getreten war. Eigentlich das ganze gegenwärtige Gehaben der Sozialdemokratie“, heißt es dort ferner, „ist ein einziger und unaufhörlicher Beweis dafür, daß die Partei ihren revolutionären Charakter fallen läßt und in der That die Gesichtspunkte demokratischer Tagespolitik den Utopien voranstellt, mit denen eine wirtschaftliche Umwälzung alles Bestehenden mehr geträumt als

vorberichtet wird." Freun wir nicht, so war es der deutschfreisinnige Th. Barth, der in seiner "Nation" den Ton zu dieser Musik angegeben hat, und bei ihm mag wohl damals der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein; es war nämlich vor seinem Sündenfall in der Militärvorlage. Es soll uns ja recht angenehm sein, wenn die Herren zutraulich werden und wie Kinder dem wilden Mann schen-beherzt sich uns nähern und sogar uns zu streicheln die Courage haben; wenn sie sich aber einreden, der Löwe sei in der Umhüllung zur Hauskatze begriffen, so ist das denn doch gar zu naiv. Die Wahrheit ist, daß wir von jeher den Kampf gegen zwei Fronten geführt haben, gegen den Klassenstaat überhaupt und gegen Ausbeuterel, Druck und Reaktion innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Sind ja unsere Errungenschaften auf dem Boden des Klassenstaates zugleich Stappen zu unserem Endziel, dem Sozialismus.

Damit ist auch die Fabel wiederlegt, daß das "Einschmelzen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische" auch erst neueren Datums ist, während die Sozialdemokratie früher mit dem Kopf durch die Wand hätte rennen wollen. Uebrigens gibt es Leute, die uns heute noch dies Bestere nachsagen. So Herr Sonnemann in Frankfurt, der in der Volksparlei-Bersammlung vom 21. d. M. äußerte: "Angenehm ist es uns nicht, für die Sozialdemokratie einzutreten. Sie wissen, was uns trennt: Daß wir eine organische und keine sprungweise Entwicklung wollen, weil diese stets eine Reaktion zur Folge hat." Sollte Herr Sonnemann wirklich nicht wissen, daß das Wort von der "organischen Entwicklung" sozialdemokratischen Ursprungs ist? —

Der Kernpunkt der Sache ist, daß die Sozialdemokratie es war, welche die soziale Frage auf die Tagesordnung des politischen Lebens setzte, die öffentliche Meinung auf die wirtschaftlichen Schäden gelenkt, die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens betont, mit einem Wort, in den weitesten Kreisen den sozialpolitischen Sinn geweckt hat. Für die soziale Frage war die bürgerliche Politik früher so blind, sie bewegte sich immer nur in der Peripherie und ist erst durch die sozialdemokratische Bewegung mit der Nase auf's Zentrum gestoßen worden, auf die wirtschaftlichen Faktoren, Kämpfe und Konflikte, gegenüber welchen alle rein politischen Dinge von sekundärer Bedeutung sind. Allen Sträubern und aller Anfeindungen zum Trotz hat sich so allmählich ein gewaltiger Umschwung vollzogen zu Gunsten der Sozialdemokratie, man hat sich uns genähert und meint, wir hätten uns dem Bürgerthum genähert.

Wer Herz und Nieren prüfen könnte, würde vielleicht die überraschende Entscheidung machen, daß es nicht wenig bürgerliche Politiker gibt, die sogar dem sozialdemokratischen "Zukunftstaat" gar nicht so abhold sind, als sie nach Außen affektieren. Die "Kölnische Zeitung" hatte so Unrecht nicht, wenn sie anläßlich der Stichwahlen jammert:

"Es scheint wirklich, als ob die bürgerlichen Parteien in dem Kampf gegen die Umsturzpartei, der ihnen Allen gemeinsam sein sollte, in diesem Wahlkampf meistens versagen und ihrer Pflicht vergessen. Bei dem Zentrum sowohl als bei der Volkspartei des Herrn Richter ist wenig Verständnis von dem Ernst der Lage zu verspüren; nirgends ist hier auch nur der Anschlag zu einem ehrlichen und kräftigen Zusammenhalten gegen die Sozialdemokratie zu entdecken; im Gegentheil, direkt und indirekt wird die Wahl weiterer Mitglieder der Revolutionspartei gefördert, so daß ihre Zahl wohl das halbe Hundert erreichen kann. Das ist das Nachspiel und die praktische

Anwendung des großen allgemeinen Sturmlaufs gegen die Sozialdemokratie in der jüngsten Reichstagsession. Die Reden von damals kann man jetzt wirklich nicht mehr ohne Spott und Scham lesen."

Köstliches Geständnis!

In den Thaten spiegelt sich die Gesinnung treuer als in den Worten und Formeln.

Edmondo de Amicis, der italienische Gelehrte und Poet, hat es vor einiger Zeit ausgesprochen: Es gibt eine Menge Krypto-Sozialisten (heimliche S.), sie wissen nur nach Außen das Gegentheil scheinen.

Hinzu tritt noch für die politischen Führer der bürgerlichen Parteien die Nothwendigkeit, ihr geschäftliches Parteiinteresse im Auge zu behalten. Der Sozialdemokratie gegenüber hoffen sie noch immer die besten Geschäfte zu machen, wenn sie uns als den leibhaftigen Gottseibeiuns darstellen, um den Wählern eine Gänsehaut über den Rücken zu jagen. Diese Leute, die Führer, handeln dabei in demagogischer Weise wider besseres Wissen, um nicht selbst aus dem Sattel geworfen zu werden. Das ändert jedoch an der wachsenden Einsicht unter den Geführten — und wie oft Angeführten — nichts.

"Samb. Echo."

Die Technik des Aktien-schwindels.

Der Schwindel ist in früheren Zeiten immer nur eine Ausnahmeerscheinung gewesen; seit Entwicklung des Kapitalismus wird er immer mehr ein legitimer ökonomischer Faktor, derart, daß gegenwärtig einer der wichtigsten ökonomischen Prozesse, die Konzentration des Kapitals, sich zu einem sehr großen Theil unter seiner Mitwirkung vollzieht, und daß er ein integrierender Bestandteil jener Unternehmungsform ist, welche die eigentlich moderne genannt werden muß, die Aktiengesellschaft. Diejenige Art von Aktiengesellschaft, bei der die Aktien in den Händen einiger Weniger sind, und die eigentlich nur eine Art Kompagniegeschäft darstellt, diese Art ausgenommen, ist eine Aktiengesellschaft ohne Schwindel einfach unmöglich.

Wenn Jemand ein Geschäft gründet, so rechnet er darauf, das angewendete Kapital nach dem landesüblichen Zinsfuß verzinst zu sehen und dann noch für sich selbst einen Gewinn zu erhalten. Wenn ein Gründer-Konsortium zusammentritt, um eine Aktiengesellschaft zu gründen, so geschieht das nicht in der edlen Absicht, den Leuten, welche Aktien nehmen werden, einen großen Gewinn zu verschaffen, sondern, indem sie vorher ausrechnen, welcher Ertragewinn wohl bei dem Unternehmen zu Stande kommen könne, rechnen sie diesen Gewinn auf das Kapital aus, dem er entsprechen würde, und behalten einen Theil Aktien, welche diesem Kapital entsprechen, als "Gründeraktien" für sich ein, ohne jedes weitere Äquivalent, als daß sie eben "gegründet" haben. So behielt z. B. Vesselys von den ersten 600 Millionen Aktien des Panamakanals 64 für sich, über 10 Prozent. Man sieht, daß das "Gründen" ein sehr einträgliches Geschäft ist, und ein armer Arbeiter, der sich den ganzen Tag über in der Fabrik abmüht, hat wohl keine Ahnung davon, wie "produktiv" unter Umständen die menschliche Arbeit sein kann.

Der Gründergewinn ist eine durchaus anerkannte Thatsache; wenn sie ihn nicht erhielten, würden die Leute ja auch nicht gründen. Aber er hat jedenfalls doch die Folge, daß das eigentliche Fett von der Suppe, welche die Aktionäre zu verspeisen gedenken, bereits von den Gründern abgeessen ist, daß Aktienunternehmer also nicht die Gewinne geben,

die man erwartet, und daß die Zahl der vertrachten Aktienunternehmen größer ist, wie die Zahl vertrachter sonstiger Unternehmer. In Folge dessen ist bei den kleinen Kapitalisten — und auf die allein ist es bei diesen ganzen Manövern abgesehen, die Großen machen ihre Geschäfte unter sich ab — ein großes Mißtrauen gegen die Aktiengesellschaften entstanden, das an sich doch ganz schöne Wort "Gründer" hat einen fatalen Beigeschmack bekommen, und das ganze Aktienwesen scheint eben nichts als Schwindel zu sein.

Wenn die Gründer aber ein Geschäft machen wollen, so müssen sie dieses Mißtrauen bekämpfen und müssen dem kleinen Kapitalisten die nöthige felsenfeste Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Vorzüglichkeit ihrer Absicht verschaffen.

Zu diesem Zweck ist die Presse da.

Die bürgerlichen Zeitungen sind bekanntlich ein geschäftliches Unternehmen, wie jedes andere, und der edle Zweck, welchen sie erstreben, ist, dem Verleger einen möglichst hohen Profit zu gewähren. Nun haben solche Zeitungen einen sehr großen Einfluß auf ihre Leser. Die naiven Gemüther denken sich die Redakteure und Mitarbeiter des Blattes als die klügsten, gelehrtesten und edelsten Leute, welche nur das Beste der Leser im Auge haben und nach reiflicher und gründlicher Prüfung ihnen das Rathen, was das Vortheilhafteste für den Leser ist. In Wirklichkeit sind jedoch diese armen Leute sehr bedauernswürdige und ausgebeutete Arbeiter, welche nicht nach ihrer Ueberzeugung schreiben dürfen, denn sonst werden sie fortgejagt und sind brodblos, sondern nach dem, was der Verleger von ihnen verlangt.

Die Gründer betrachten sich nun die verschiedenen Blätter. Sie kennen ihren Einfluß, ihren Leserkreis und ihre Bedeutung für denselben. Sie setzen sich nun mit den Verlegern in Verbindung, und es wird ein Geschäft gemacht: für so und so viel Geld wird ein oder mehrere Artikel in die Zeitung aufgenommen, der sich günstig über die Gründung ausspricht. Der Artikel ist vielleicht von den Gründern selbst, respektive von einem Sekretär derselben verfaßt. Nachdem das Geschäft abgeschlossen ist, gibt der Verleger seinen Lesern die Anweisung, und jetzt beweist dann die Zeitung, eine wie große Kulturaufgabe, ein wie aussichtsvolles Unternehmen, ein wie genialer Gedanke u. s. f. die Idee der Herren Cohn und Izig ist. Das Mißtrauen der kleinen Kapitalisten beginnt bereits zu schwinden, und die Berechnungen und Anpreisungen ihres Blattes wirken bereits.

Aber das ist noch nicht genug. Die Emission der Aktien, d. h. die Prozedur, vermittelst welcher die Aktien den kleinen Kapitalisten angehängt werden, geschieht durch die großen Banken. Für ihre Thätigkeit, Verzinsung ihrer Kapitalien u. s. f. müssen sie natürlich bezahlt werden. Aber sie verlangen mehr als das. Von ihnen hängt in letzter Linie das Schicksal der Gründung ab. Sie haben ihre Kunden, die bei ihnen und bei ihren Filialen in der Provinz ihre Geldgeschäfte besorgen. Da die kleinen Kapitalisten unmöglich tagiren können, ob eine Unternehmung ertragreich zu werden verspricht, ob sie reell oder schwindelhaft ist, so fragen sie ihre Bankiers um Rath, natürlich in der Erwartung, von ihnen reinen Wein eingeschenkt zu erhalten. Der Bankier rath ihnen natürlich nicht zu der Aktie, welche die beste ist, sondern bei der er am meisten verdient, wenn sie bei ihm gezehnet wird. Die Gründer müssen also eine Art Gewinnbetheiligung der Bankiers einführen; das geschieht, indem man die Aktien ihnen zu einem niedrigeren Kurs überläßt, als dem Emissionskurs, d. h. dem Kurs, zu welchem die Aktien von

den Aktionären erworben werden. Es ist klar, daß, je mehr Aktien auf diese Weise von dem Bankier an den Mann gebracht werden, sein Gewinn desto größer ist. Wenn man die Reichenschaftsberichte der großen Banken liest, so findet man auch eine Rubrik: "Gewinn aus Emissionsgeschäften". Das sind diese Gelder.

Man sieht, daß das Kapital, welches die Aktionäre einzahlen, beträchtlich vermindert wird: die Gründer machen ihre Profite davon, die Presse muß bestochen und die Banken müssen gleichfalls gekauft werden. Man rechnet auf diese "Unkosten" in gewöhnlichen Fällen 25 bis 30 Prozent des Aktienkapitals. Wenn die hieberten Aktionäre sich einbilden, daß ihr Geld nur dazu verwendet wird, um zu bauen und zu graben, so sind sie gewaltig im Irrthum. Mindestens ein Viertel wird erst einmal von allen möglichen Gaunern in die Taschen gesteckt.

Wir wollen nun ganz von den Praktiken schweigen, die weiter stattzufinden pflegen, von den Betrügereien in Materiallieferungen usw. Solche Sachen finden sich zwar fast regelmäßig, gehören aber doch nicht unmittelbar zum Wesen des Aktienunternehmens, sie könnten auch weggelassen werden.

Dagegen kommt bei größeren Unternehmungen, wie es z. B. der Panamakanalbau war, namentlich aber bei Eisenbahnen und dergl. noch ein neuer Korruptionsposten dazu, der für die politischen Agenten.

Das wirtschaftliche Leben ist überall mit dem politischen verbunden, je größer eine Unternehmung ist, desto mehr Berührungspunkte hat sie mit der Politik. Da ist ein Gesetz nöthig, welches eine Staatsanleihe genehmigt, wie beim Panamaschwindel; dort ein Gesetz, welches Nickelmünzen einführt und dadurch die Nickelgruben rentabler macht; oder eine Silberbill; oder Schutzzölle für eine bestimmte Industrie; oder Eisenbahn-Konzessionen u. s. f. Der naive Mann denkt beim Staat, wie bei der Zeitung und beim Bankier, daß er das thut, was für die allgemeinen Interessen, wenn auch nur für die allgemeinen Interessen der besitzenden Klassen, am vortheilhaftesten ist. Da aber der Staat von Menschen regiert und verwaltet wird, so thut er nicht das, sondern das, was diesen Menschen am besten bezahlt wird.

In monarchisch regierten Ländern, und die eine einflußlose Volksvertretung haben, müssen demnach die betreffenden Beamten gekauft werden; in parlamentarisch regierten kauft man eine Parlamentsmajorität. Da dieses doch immerhin eine gewisse Selbstheit, Kenntniß der Verhältnisse usw. voraussetzt, so ist das Vermitteln solcher Antaufens von Parlamentariern zu einem eigenen Geschäftszweig ausgebildet; Geschäftsleute dieser Art waren die im Panamastandal viel genannten Herz, Reinach und Arton.

Das kostet natürlich wieder ungeheure Summen. Um bei dem oft angezogenen Beispiel des Panamaschwindels zu bleiben, so stellte sich schließlich heraus, daß zwei Drittel des ganzen von den Aktionären gezahlten Kapitals auf derartige Bestechungen verwendet waren und nur ein Drittel wirklich für Zwecke des Baues ausgegeben wurden.

Man hat gesagt, daß der Konzentration des Kapitals ja durch die Aktiengesellschaften entgegengearbeitet würde; denn hier genieße auch das kleine Kapital, indem es sich assoziiere, alle Vorzüge des Großbetriebes. Wir haben aus dem Vorhergehenden gesehen, daß das nicht der Fall ist und daß der Aktienschwindel gerade mit zur Konzentration beiträgt.

Der Nicaragua-Kanal.

Der Panamastrad läßt ein Unternehmen, das in aller Stille längst vorbereitet ist, nunmehr in den Vordergrund treten. Die Amerikaner haben nur den vorausgesehenen

Ruin des Panamanunternehmens abgewartet, um die Durchführung des Nicaraguakanalplans in die Hand zu nehmen. Sie wußten in Folge sorgfältiger Untersuchung ganz genau, daß das französische Unternehmen Unmöglichkeit wollte, daß der Panamakanal weder im Niveau des Meeres noch als Schleusenkanal herstellbar war, und daß der einzig mögliche Weg die von der Natur dazu vorgezeichnete Nicaraguainlinie sei. Die amerikanische Regierung hatte sich für diese, schon 1550 von Antonio Galvano als die geeignetste bezeichnete Linie bereits seit 1825 interessiert und Kaufverträge 1872 eine Kommission mit deren Feststellung. Die Natur bietet dort derartige Stellen in dem gewaltigen Gebirgszuge der Cordillere, daß die Kunst sie verhältnismäßig leicht zu einer Wasserstraße gestalten kann. Diese wäre von selbst entstanden, wenn in ferner geologischer Epoche erfolgte Senkungen nur noch etwa 34 Meter tiefer hinabgegangen wären. So aber schufen sie große Binnengewässer, den kleineren Managua und den 176 Kilometer langen, 64 Kilometer breiten und 75 Meter tiefen Nicaragua, der nur durch einen niederen, leicht zu durchstehenden Höhenzug vom Stillen Ozean getrennt ist und einen tief eingeschnittenen Abfluß nach dem Atlantischen Ozean hat, den San Juanfluß oder, mit dem alten Namen, Desaguadero. Natürlich ist der Spiegel dieses Sees der des künstlichen Kanals, und es handelt sich also im Wesentlichen nur darum, das von der Natur in jenem Flusse gegebene Kanalbett zu vervollständigen und bis zum Spiegel des Sees (84,4 Meter über dem Meere) mit Wasser zu füllen, um schließlich die Schiffe auf dieses Niveau hinaufzuheben und wieder auf das Meer hinabzusetzen. Der im Jahre 1876 erhaltene Bericht der Kommission sah von der Benutzung des unteren Flußlaufes aus triftigen Gründen ab und ließ die Kanallinie im Hafen von Greytown (San Juan del Norte) beginnen, querlaufend zu dem oberen Flußlauf gehen und schließlich in der als Hafen von Brito bekannten Mündung des Rio Grande den Stillen Ozean erreichen. Auf dieser Linie vollzogen sich seitdem in aller Stille auch die weiteren Vorarbeiten für den Bau und zugleich agitierte man lebhaft dafür in den Vereinigten Staaten. Aber Jahre lang wurden die Bemühungen aller Nicaraguagesellschaften von ihren natürlichen Gegnern, den Befessenen und der französischen Politik, sowie dem Anhang des Kapitäns Cads, der eine Schiffsbahn über die Enge von Tehuantepec bauen wollte, vereitelt, bis es 1889 gelang, im Kongreß die Incorporation der „Maritime Canal Company of Nicaragua“ durch Gesetz vom 20. Februar 1889 durchzusetzen. Darauf wurde dieser Gesellschaft die inzwischen von der Republik Nicaragua wiederholt erneuerte Konzession übertragen.

Der Kanal wird 271 Kilometer lang. Davon entfallen 228,25 auf Benutzung jener natürlichen Senkungen, also nur 42,75 auf Durchschnitte, deren Profil, beiläufig bemerkt, selbst an den engsten Stellen das des Suezkanals übertreffen soll. Schleusen, je drei an jeder Kanalumwendung und mit wenigen Kilometer Abstand, heben die Schiffe um je 10 oder 14 Meter bis auf das höchste Kanalniveau. Sie werden 203 Meter lang und 26 Meter breit, also die größten der Welt sein. Geradezu genial erscheint es, wie das Kanalbett, auch wo es nicht vom Flusse gegeben ist, und eine Anzahl großer Bassins geschaffen, wie mit sehr geringem Aufwand an Grabungen und Durchschnitten eine ganze Reihe von Thälern wesentlich durch Ueberflutung in eine zusammenhängende Kanalstrecke verwandelt werden soll. Das größte der hierzu erforderlichen Stauwerke wird der 600 Meter lange und fast 22 Meter hohe Damm von Ochoa sein, der quer durch das San Juanthal gehen und diesen Fluß um 18 Meter anheben soll. Das setzt auch mehrere Seitenthäler bis zu den atlantischen Schleusen unter Wasser und schafft eine 300 bis 500 Meter breite und 10—40 Meter tiefe Wasserstraße bis zu dem See. Nicht viel kleiner wird der Staudamm von La Flor, der zwischen dem See und dem Stillen Ozean durch Ueberflutung der Thäler des Rio Grande und Tola (1600 Hektar) hinter der obersten Schleuse ein auch als Hafen verwertbares Becken herstellt. Nur zwei Felddurchschnitte sind erforderlich, nämlich zwischen dem letztgenannten Becken und dem See und auf der atlantischen Seite hinter der dritten Schleuse. Hier, wo die Arbeit die größte ist, gilt es einen schmalgratigen Rücken von 4,8 Kilometer Breite und 90 Meter Höhe über dem Kanalpiegel abzutragen. Man sieht, hier gibt es nirgends unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Kosten des ganzen Unternehmens sind auf höchstens 87 Millionen Dollars, die Bauzeit ist auf zehn Jahre berechnet. Die Vorbereitungen für den Bau sind bereits weit vorgeschritten. Entlang der ganzen Linie ist der Urwald gerodet, sind Lager für die Beamten und Arbeiter, schmucke eisenbedachte Holzbauten für Bureaus, Wohnungen und Hospitäler, sowie Baarenhäuser, Depots, Maschinen-

schuppen und Schmieden errichtet. Tramways verbinden diese Anlagen untereinander, und eine Telegraphenlinie setzt sie in Verkehr mit dem Hauptbureau in New York. Bagger sind schon in Thätigkeit, Bauweisenbahnen und Dampfstraßen theils in Herstellung begriffen, theils in Betrieb gesetzt.

Der Nicaraguakanal wird leistungsfähiger als der nur mit 22,5 Meter Bodenbreite, wenigen Erweiterungen und einem einzigen Becken ausgestattete Suezkanal, der seinen jährlichen Verkehr von sechs Millionen Tonnen nicht ohne allerlei verdrängliche Verögerungen der Schiffsahrt bewältigen kann und nur 8,8 Kilometer Fahrgeschwindigkeit in der Stunde zuläßt. Dessen 160 Kilometer langen Kanal wird der Nicaragua-kanal trotz seiner 271 Kilometer überlegen sein, weil er auf 100 Kilometer freie Fahrt mit 10 bis 18 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde darbietet, was die geringere Fahrgeschwindigkeit von 4—8 Kilometer auf der 112 Kilometer langen eigentlichen Bau- und Strecke wieder ausgleicht, so daß schließlich den 24 Stunden Fahrzeit für den Suezkanal nur 28 Stunden (einschließlich der Schleusenzeit) für den so viel längeren Nicaraguakanal gegenüberstehen. Die Benutzung des Besseren wird mit der Entwicklung der Länder rings um den Stillen Ozean Hand in Hand gehen. Schon jetzt bringen die Staaten Oregon, Washington und Kalifornien viel von ihrer großen Weizen-, Wolle- und Weinproduktion auf den europäischen Markt, und der ostasiatische Handel entwickelt sich zusehends. Da ist es wesentlich, daß der neue Kanal den Weg von San Francisco nach Liverpool von 24,950 Kilometer auf 12,150 Kilometer und nach New York von 24,950 Kilometer auf 7840 Kilometer abkürzt. Die Vereinigten Staaten erwarten ganz besonders große Vorteile von diesem Kanal, und mit Recht, denn er stellt sie für alle Handelswege mitten zwischen Europa und Asien. Aber nicht sie allein, die ganze Welt wird seine Fertigstellung froh begrüßen. Handelspolitisch befreit der Kanal von aller Zerrerei der amerikanischen Eisenbahndünge und verbilligt die Transportkosten, öffnet für Europa große Kornmärkte und vermittelt der Industrie der atlantischen Uferstaaten die vortheilhafteste Verbindung mit dem großen ostasiatischen Absatzgebiete. Auch strategisch ist er von größter Bedeutung. In erster Linie natürlich für die Vereinigten Staaten, denn er nähert ihre Marinestationen im Atlantischen Ozean denen im Stillen Ozean um mehr als zwei Drittel des Weges von heute, was einen Zeitgewinn von rund 26 Tagen bedeutet, wenn man annimmt, daß der Dampfer im Nothfalle nicht unter 560 Kilometer täglich macht. In fünf Tagen wird man künftig von den Häfen im Mexikanischen Golf nach San Francisco gelangen. Mit einem Worte, die geographischen Beziehungen werden gründlich verändert werden, wenn der alte Wunsch direkter Fahrt nach Ostasien endlich in Erfüllung geht.

Der „Vater“ Staat und die Arbeiter.

Der liebe Vater Staat muß bekanntlich sparen für sein Schöpfkind, den Militarismus. Aus Sparjamkeitsrücksichten werden die Arbeiterentlassungen an den preussischen Bahnen mit System betrieben. Kürzlich meldeten wir, daß im Bereich der Berliner Eisenbahndirektion viele Arbeiter entlassen worden sind. Heute lesen wir in einem Bericht aus Oest, den die „Germania“ bringt, daß an einem Tage über hundert Arbeiter, Hilfsbremsern und anderen nicht fest angestellten Unterbeamten der Eisenbahn ohne Weiteres gekündigt worden ist, so daß sie auf unbestimmte Zeit, die Meister wohl für immer, keinen Verdienst mehr bei der Eisenbahn finden werden. Viele darunter haben 10, 15, ja über 20 Jahre lang in den Diensten der Eisenbahn gestanden, Jahre lang Beiträge geleistet zu den verschiedenen Hilfs- und Pensionskassen und sind jetzt sammt ihren Familien brodlos. Gerade den älteren Leuten wird es sehr schwer, andere Arbeit zu bekommen. Die Meisten befinden sich schon jetzt in Noth, da diese Leute durchweg so wenig verdienen haben, daß es ihnen nicht möglich war, Ersparnisse zu machen. Sie hätten wenigstens erwarten können, daß man ihnen die Entlassung eine angemessene Zeit vorher ankündigt, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich anderwärts nach Arbeit umzusehen. Wie es möglich gemacht wird, jetzt mit einem über hundert Personen verminderten Personal für die Sicherheit des Publikums zu sorgen, ist uns ein Räthsel. Es ist doch selber schon oft genug Klage geführt worden über Ueberbürdung des Eisenbahnpersonals. Es scheint uns, so schreibt der Gewerksmann des genannten Staates, eine verhängnisvolle und verkehrte Sparjamkeit zu sein, deren man sich hier befleißigt, und das zu einer Zeit, wo alle Einsichtigen drängen auf Schutz des Arbeiters, in einem Augen-

blick, wo man entschlossen ist, gegen den Willen des Volkes Millionen für Militärforderungen zu bewilligen. Es herrscht hier deshalb eine erklärliche Erbitterung. Hundert arbeitslose Menschen, darunter zahlreiche Familienväter, sind auch keine Kleinigkeit für eine Stadt von 15,000 Einwohnern ohne Industrie, wenn die Armenkasse Hilfe leisten muß.

Selbst die „König.“ fragt Angehörige der Entlassungen: „Welchen Eindruck müssen diese Entlassungen unmittelbar vor der Wahl machen? Das nationalliberale Blatt rechnet darauf, daß die Stimmen der Entlassenen dem sozialdemokratischen Kandidaten wohl sicher sind. Ein Privatunternehmer würde kaum in so harter Weise vorgehen, daß er ohne jede vorherige Andeutung oder Kündigung eine so große Anzahl von Arbeitern entläßt und trost- und rathlos auf die Straße setzt. Ist das der Segen der vielgerühmten Eisenbahn-Versstaatlichung, das nunmehr der Staat als Unternehmer solche Blutmacher treibt? Und ist wirklich mit Rücksicht auf die Finanzlage in Preußen eine solche Sparjamkeit zu einem Gebot der Nothwendigkeit geworden, wie kann man dann die ungeheure Mehrbelastung durch die Militärvorlage rechtfertigen? Muß nicht die „Sparjamkeit“ noch umfangreicher sich gestalten und noch hartziger werden, müssen nicht Hunderte, sondern Tausende von armen Arbeitern entlassen und trost- und rathlos dem Elend preisgegeben werden, wenn neue Lasten neue Ersparnisse erfordern? Diese Wirkung der Militärvorlage ist noch nicht genügend gewürdigt worden. Mit den bisherigen Entlassungen wird es auch nicht sein Bewenden haben. Im Uebrigen ist die Frage wohl gestattet, warum Hunderte von Eisenbahnarbeitern plötzlich überflüssig geworden sind. Waren sie wirklich überflüssig, warum wurde dann das Geld vergesudet, indem man sie im Dienst behielt? Waren sie aber früher nochwendig, so sind sie es auch heute noch, denn der Verkehr steigt täglich und erfordert immer mehr Menschenkräfte zur Sicherung des Dienstes.

Unerhörte ist es, daß bei alledem die Eisenbahnverwaltungen bei den Reichstagswahlen versucht haben, „ihre“ Arbeiter zu beeinflussen. Den in den „Musterwerkstätten“ beschäftigten Arbeitern wurde in Erinnerung gebracht, daß sie „königlich preussische Staatsarbeiter“ sind und daher einen solchen Kandidaten zu wählen haben, der für die Militärvorlage stimmt. Auf dem Werkstättenbahnhofe zu Reinhausen wurde folgendes angeschlagen:

Bekanntmachung.
Um sämmtlichen Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts zu geben, wird am 15. d. M., dem Tage der Reichstagswahl, die Arbeit zwei Stunden früher geschlossen.

Zufolge höherer Anordnung werden die ausfallenden zwei Stunden Lohn gezahlt werden.

Ich darf erwarten, daß sämmtliche Arbeiter sich bewußt sind, einer königlich preussischen Staatsbahnwerkstatt anzugehören und daß sie demgemäß bei der Reichstagswahl entscheiden werden.

Mit der an dem gedachten Tage stattfindenden Lohnzahlung wird zwei Stunden früher, 3,35 Nachm., begonnen werden. Der Arbeiterzug fährt 4,30 Nachm. von Reinhausen.

Thiele,
Eisenbahn-Direktor.

Der Herr Eisenbahn-Direktor scheint der Wahlprüfungs-Kommission Material zur Ungültigkeitserklärung der Wahl liefern zu wollen. Hoffentlich hat sich kein Arbeiter an diesen Maaß gefehrt und nach seiner Ueberzeugung gestimmt. Dazu ist das geheime Wahlrecht da.

Unter welcher Form hat ein Genossenschaftsbetrieb praktischen Werth?

Es ist die Signatur unserer modernen Wissenschaft, längst Begrabenes und Vergessenes wiederum an das Licht der Gegenwart zu zerren und zur hellen Verzeihung des Publikums lange Serien von dickleibigen Bänden darüber zu schreiben, die durch eine sorgfältige Benützung von allen möglichen und unmöglichen Fremdwörtern aus sämtlichen Ländern einen internationalen Anstrich bekommen. Das klassische Bibelwort: „Lasset die Todten ruhen!“ hat am Ende des 19. Jahrhunderts jede praktische Bedeutung verloren, und ewig wie die Maulwurfsbe-mühnen sich die Archäologen, die Erde umzu-schaufeln. Die alten Königsgräber Aegyptens werden ihres Inhalts beraubt und die im Laufe der Zeit zu Mumien zusammengeschrunpften Pharaonen wandern in's Naturalienkabinett oder in die Alterthums-sammlung, wo sie neben den versteinerten Schädeln und Knochen „vorweltlicher“ Menschen und Thiere, die man auf dem europäischen Kontinent ausgegraben oder

„entdeckt“, einen ihrer Würde entsprechenden Platz finden.

Daneben möchte man, wenn es möglich zu machen wäre, das schreckliche Broddt der Neuzeit, die „soziale Frage“, am liebsten einbalsamieren und verscharren und hümmel-hohe Pyramiden darüber errichten, wie weiland die Aegypter, um so ein Wiederer-sicheden des gefährdeten Wechselbolges für immer zu verhindern. — Freilich hat es ja auch sein Gutes, daß die Todten wieder aus ihrer Gruft, in der sie vielleicht Jahrtausende hindurch ungestört moderten, an die Erdoberfläche gelangen. Die Fossilien reden eine mächtige Sprache; sie sind Revolution-näre im wahren Sinne des Wortes und geeignet, das große und künstlich aufgebaute Gebäude der Dogmatik vollständig niederzu-reißen, während uns die antiken Funde über die Kulturstufe der damaligen Menschen be-lehren.

Also, die Todten stehen wieder auf, zu irgend einer Zeit und reden dann um so mehr. Dies gilt aber auch von allen neuen Ideen, Gedanken und Projekten, die, weil sie nach ihrer Entstehung aus irgend welchen Gründen keine Beachtung finden, kaum nach ihrer Geburt zu den Todten gezählt werden. Früher oder später, je nach der Saure des Publikums, wird vielleicht das „tote Kind“ wieder ausgegraben, denn auf einmal, man weiß selbst nicht wie, macht sich ein auf-fallendes Interesse für die längst ad astra gelegte Materie bemerkbar.

Weshalb erging es dem in Nr. 4 der „Buchbinderzeitung“ unter obigem Titel erschienenen Artikel. Viele Monate sind seit der Veröffentlichung jenes sensationellen Themas in's Land gegangen, ohne daß im Organ oder in einer Versammlung Stellung zu demselben genommen wurde. Man las ihn jedenfalls mit großem, leider auch vorübergehendem Interesse, oder — man las ihn überhaupt nicht. Einzig und allein war es die in Wien erscheinende „Einigkeit“, die den in dem Aufsatz enthaltenen Gedanken aufnahm und sich dazu äußerte. Doch fehlt dieser Aeußerung ein tieferes Eingehen in die vom Verfasser aufgeworfene Grundidee.

Nun ist kürzlich in einer Mitglieder-ver-sammlung in Stuttgart dieses Thema zum Gegenstand eines Vortrags gemacht worden, wobei hauptsächlich in der anschließenden Dis-kussion viele interessante Gesichtspunkte her-vortraten. Es ist anzunehmen, daß nachdem das Scheitern der gewesenen Genossenschaft wieder in's Leben zurückkehrte, es nicht so bald wieder in seinen früheren Zustand versallen wird, wenigstens nicht ohne daß die aus-gieblichsten Beleuchtungsversuche daran gemacht wurden. Doshafte Menschen — und wie viele gibt es nicht von dieser Sorte! — wollen allerdings das Korrespondenzzeichen am Kopfe des Artikels (†) als nicht rein zufällig deuten! — Doch zur Sache selbst!

Der Vorschlag des Verfassers geht dahin, statt den auf rein kapitalistischer Grund-lage vermittelten Antheilscheine durch besser stürzte oder gemäßigtere Arbeiter bisher gegründeten Produktivgenossenschaften in Zukunft solche von rein sozia-listischer Tendenz in's Leben zu rufen. Für die von jedem gleichmäßig zu stellende Summe zum Betriebskapital erhalten die Antheilhaber ca. 3 Prozent als Verzinsung. Die Ueberschüsse, welche nach Bezahlung der Zinsen noch vorhanden, werden an die In-teressenten gleichmäßig vertheilt und bildet dies gewissermaßen eine Zurückzahlung des eingelegten Kapitals, so daß schließlich nach und nach, wenn dasselbe auf diese Weise ganz gefüllt ist, keiner der ursprünglichen Theilhaber mehr ein weiteres Anrecht an das Unternehmen zu stellen hätte. Der weitere Reingewinn soll zur Vergrößerung des Geschäfts oder zur Gründung ähnlicher Unternehmen verwandt werden. Die Ent-lohnung des in einem solchen Betrieb be-schäftigten Personals soll gleichmäßig ge-fahren, d. h. es bekommt jeder, sei er nun Hausknecht, Arbeiter oder technischer Leiter, gleichviel Lohn. Die leitenden Beamten sollen von den Arbeitern aus ihrer Mitte auf eine bestimmte Amtsdauer gewählt werden.

Das sind so die hauptsächlichsten Grund-züge eines Entwurfs zu einem „sozialistischen Genossenschaftsbetriebe“ in spe, wie ihn der Verfasser des am. Artikels empfiehlt und zur Diskussion stellt.

Es läßt sich nicht leugnen und ein jeder, der objektiv urtheilt, muß zugeben, daß dem Projekt ein idealer schöner Gedanke zu Grunde liegt, wie ihn nur Einer erkennen kann, der es aufrichtig und ehrlich mit der Arbeiterbewegung meint und über die klein-lichen Düngebankeiten vieler Genossen er-haben ist. Aber gerade darin liegt die Schwäche des Vorschlags, daß er schon heute, mitten im Ausbeuterstaate, von dem einzelnen Arbeiter einen Opferwillen in größtem Umfange verlangt, der in der Praxis wohl nicht immer zu finden sein wird, denn, habe ich recht verstanden, so appellirt er an die „pekuniär besser ge-stellten Arbeiter“, die sich als Gründer zusammenfinden sollen, ein armer Arbeiter verfügt ja bekanntlich über kein Uingendes

Kapital. Leider kann man nun nicht behaupten, daß gerade die „besser situierten Arbeiter“ besonders zielbewußt sind, im Gegenteil befinden sich sehr viele konservative Elemente darunter, von denen man nicht annehmen kann, daß sie ihr Geld zu 8 Prozent dem in Rede stehenden Unternehmen in der Weise zur Verfügung stellen, als es notwendig ist, um das Betriebskapital aufzutreiben. Die Bedingungen sind auch, offen gestanden, für die kleinen Aktionäre nicht besonders verlockend; einerseits ist es keine absolut sichere Geldanlage, da das Unternehmen sehr leicht fallieren kann, andererseits aber kommt in Betracht, daß nach dem bestehenden Gesetze die Genossenschaft entweder ganze oder beschränkte Haftung zu übernehmen hätte, also ein entschiedenes Risiko, das mit dem niedrigen Zinsfuß in keinem Verhältnis steht, das einzelnen Gründern so lange auferlegt würde, als sie noch in den Büchern als „Theilhaber“ registriert sind.

Die auf kapitalistischer Basis beruhenden Produktivgenossenschaften der Arbeiter haben ihr Betriebskapital, welches allerdings oft auch sehr minimaler Natur ist, ausschließlich den Dividenden, die sie bezahlen, zu verdanken.

Angenommen aber, das Gesagte würde nicht zutreffen und das Geld käme am Ende doch zusammen, so ist die Garantie für den künftigen soliden Bestand eines solchen Unternehmens noch keineswegs gegeben. Es fragt sich, ob man auf so viele Arbeitsaufträge rechnen kann, daß sich das Unternehmen rentiert. Auf alle Industrien ließe sich überdies die Gründung nicht ausdehnen und nur einzelne Branchen kämen ernstlich in Erwägung.

Wenn es ein „Musterunternehmen“ werden soll, das agitatorisch für die sozialistische Bewegung zu wirken im Stande wäre, so müßten in erster Linie die denkbar besten Löhne bezahlt werden, und zwar vielleicht nach dem Modus, der in dem Artikel zum Ausdruck kommt, also jedem Angestellten gleich viel. Außerdem müßte man die zulässig niedrigste Arbeitszeit einführen. Würde über die heute üblichen Durchschnittslöhne nicht bedeutend hinausgegangen, so wäre der agitatorische und pädagogische Wert einer solchen Arbeiterschöpfung höchst zweifelhaft und man dürfte sich getrost im Prinzip gegen eine solche Gründung erklären.

Heute könnten in keinem kapitalistischen Betriebe Dividenden oder Tantiemen zur Verteilung an die Unternehmer bezw. Aktienbesitzer gelangen, — wenigstens nicht in nennenswerthem Umfang — wenn den Arbeitern und Beamten Löhne und Gehälter gezahlt würden, mit denen sie sorgenlos zu leben vermöchten. Die Dividende ist nicht anders als der den Arbeitern zu wenig ausbezahlte Lohn, den der Unternehmer für sich beansprucht. So wäre die utopistische Produktivgenossenschaft mit sozialistischer Tendenz bei Bezahlung hoher Löhne auch nicht im Stande, die Zinsen zu zahlen und das Betriebskapital in Form von Kautionsantrag an die Theilhaber zurück zu erstatten, weil sie thatsächlich unter solchen Umständen mit Defizit arbeiten würde und dieses um so mehr als die zu produzierende Waare ihren Preis nach der Konkurrenz einrichten hätte. Die anzufertigende Waare, sei sie nun Lebens-, Genuss-, Bekleidungs- oder Luxusartikel, dürfte zum Mindesten nicht theurer werden wie in den rein kapitalistischen Betrieben, weil sonst das Absatzgebiet verloren ginge.

Schon heute zeigen sie auf kapitalistischem Fundament errichteten Arbeiterproduktivgenossenschaften die bedrohliche Erscheinung, daß die gelieferten Waaren höher im Preise stehen, als diejenigen der Konkurrenz. Man mag hier einwenden, daß die erstere Art von Betrieben hauptsächlich in der Solidarität ihre Existenz hat, denn ihre Absatzgebiete liegen überwiegend in den organisierten Arbeiterkreisen. Dies würde eventuell auch der Fall sein bei den „sozialistischen Produktivgenossenschaften“. Aber da liegt gerade der Hase im Pfeffer! Der Arbeiter wäre, wenn solche Unternehmen mehr Ausdehnung gewinnen würden, als Konsument sehr benachteiligt, weil er vorläufig die Waare aus purer Solidarität theurer bezahlt, als er sie von dem bürgerlichen Unternehmer geliefert bekäme. Der besser situierte Mann, der Bourgeois, hätte den Vorzug billigerer Einkäufe zu haben, als der weniger tauffähige Proletarier.

Nun würde zwar mit der Vergrößerung und Ausdehnung der „sozialistischen“ Genossenschaftsbetriebe auch die Konkurrenzkraft derselben zunehmen, aber Hand in Hand damit ginge ebenfalls ein riesiges Anwachsen der großkapitalistischen Konglomerate, so daß die wirtschaftliche Stärke doch auf Seite der Letzteren läge. Das Verhältnis würde nicht um ein Sotik geändert.

Das Falliment auch nur einer Arbeiterproduktivgenossenschaft in sozialistischem Sinne schadet der Agitation mehr, als selbst der

Weiterbestand von sechs solchen Instituten aufzuwiegen vermöchte.

Die Frage ist von wichtiger prinzipieller Bedeutung für die sozialistische Bewegung. Würde nicht die Mehrzahl der Beteiligten durch solche Palliativmittel von dem eigentlichen Endziel abgelenkt? Käme nicht die radikale Seite der Bewegung dadurch in den Hintergrund und würden nicht mögliche Ideen bei den besser gestellten Arbeitern Fuß fassen? Würden wir nicht unter diesen Umständen eine konservative Kaste heranbilden, deren Angehörige schließlich das Prädikat für sich in Anspruch nehmen: „Pioniere der Arbeiter“ zu sein?

Das sind Gesichtspunkte, die wohl zu überlegen sind. Der wahre Sozialismus kann im Klassenstaate keinen Platz finden, — auf dem Mistbeete gedeiht er nicht! Jedem Versuch, die Zukunft in die Gegenwart zu verlegen, haftet etwas Erzwungenes, Schablonenhaftes an. Die Vorbedingungen, unter denen sozialistisch produziert zu werden vermag, fehlen heute vollständig. Erst müssen die Schranken gefallen sein, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Der Sozialismus hat nicht bloß ideale, sondern überwiegend materielle Ursachen. Der Drang nach Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Stellung des Einzelnen ist die Triebfeder der Bewegung. Würde die Majorität der Arbeiter „gut situiert“ sein, so hätte der Sozialismus vertrieben wenige Anhänger; und da haben wir keinen Grund in der Gegenwart Zustände zu schaffen, die sich künftighin für unsere Endziele hinderlich erweisen können!

Der Lassalle'sche Gedanke von den Arbeiterassoziationen mit Staatshilfe liegt glücklicherweise weit hinter uns. Das war keine Utopie, sondern eine praktische Forderung, die leicht durchzuführen gewesen wäre. Doch zu welchen Konsequenzen hätten diese Einrichtungen geführt? An der wirtschaftlichen und politischen Anarchie wäre nicht das Mindeste geändert worden und ein wirklicher Nutzen und bleibender Vortheil dem Arbeiterstande dadurch nicht erwachsen. Warum das hier erwähnt wird? — Könnte es nicht auch einmal der Regierung einfallen, die Idee von der „sozialistischen Produktionsgenossenschaft“ aufzugreifen, um sie als eine der besten Blumen in den Ruhmeskranz der sogenannten „Sozialpolitik“ einzuflechten? — Vielleicht würde sich der Staat später bemögen fühlen, den Arbeitern zwecks Gründung von solchen „sozialistischen Einrichtungen“ unverzinsliche Kapitalien zur Verfügung zu stellen! — So abenteuerlich das klingen mag, ganz unmöglich ist es nicht und es wird nicht überflüssig sein, wenn wir uns von Zeit zu Zeit daran erinnern!

„Duchbinder-Zeitung“.

Arbeiter und Arbeiterleben vor 400 Jahren.

In der gegenwärtigen Zeit, wo Streiks und Aussperrungen an der Tagesordnung sind, ist es unzweifelhaft nicht ohne Interesse, unseren Blick um 300 bis 400 Jahre zurückzuwerfen, um zu sehen, wie in jenen Zeiten die Arbeiter organisiert waren. Wir müssen zunächst darauf hinweisen, daß die von Wall, Ringmauerer und Thurm besetzte Bürger- und Bewohnerschaft der Städte nicht ausschließlich dem Handel oblag, sondern dabei vielfach sehr ausgedehnte und ergebliche Landwirtschaft betrieb. Der durch sie gewinnreiche und lohnende Landwirtschaft Deutschlands im 12. Jahrhundert hervorgebrachte Wohlstand wirkte direkt auf die städtischen Verhältnisse zurück. Je wohlhabender die Landbevölkerung war, desto leichter und massenhafter wurden die Produkte der gewerblichen Arbeit in Städten und Dörfern auf dem Lande abgesetzt.

Das zünftige Handwerk hatte die Produktion der verschiedenen Gebrauchsgegenstände übernommen und Alles in eine feste, unerblickliche Gliederung gebracht, deren Schranken unter keinen Umständen zu überschreiten waren. Sich zur Großproduktion zu entwickeln war dem zünftigen Handwerk unmöglich. Die weitgehende Theilung der Arbeit ist eine der Grundbedingungen der modernen Großproduktion.

Im fünfzehnten Jahrhundert aber, zur Zeit der Blüthe des zünftigen und des Kunsthandwerks war eine Theilung der Arbeit innerhalb der Werkstatt gar nicht vorhanden, die Arbeitstheilung innerhalb der Gesellschaft nur wenig entwickelt. In den Gewerken, welche Metall verarbeiteten, war sie am weitesten vorgeschritten. Es gab Schmiede, Messerschmiede, Ketenschmiede, Nagelschmiede und Schlosser; von diesen sonderten sich wieder die Waffenschmiede ab, die aus Hauen- und Helmschmieden, Schilderern und (Plattenern) Parnischmählern, Hornschloßrern und Pangerwebern bestanden. Einzelne dieser Gewerbe bildeten wieder besondere Zünfte. Sie schufen nur ganze Stücke, nicht in Masse einzelne Theile derselben, wie es die moderne Industrie thut. Sie leisteten Großartiges,

wie man an den vorhandenen Waffenrüstungen noch vielfach sehen kann.

Die Zunft bildete eine Welt für sich, einen abgeschlossenen Organismus, der nach ganz bestimmten Vorschriften funktionierte und dessen Wirkungsgebiet genau abgegrenzt war. Die Bürger waren gehalten ihren Bedarf an Gebrauchsgegenständen bei den Zünften und Zunftgenossen zu entnehmen, während sich die Zünfte den Anordnungen und Ansprüchen der Gemeinde fügten. So war den Zünften Beschäftigung und Absatz ihrer Waare gesichert; für die gewerblichen Arbeiter ergab sich ein „Recht auf Arbeit“ daraus ganz von selbst.

Eine solche Organisation war nur unter den beschränkten Verhältnissen jener Zeit möglich, bei gering ausgebildeten Verkehrsmitteln. Die technischen Fortschritte der neueren Zeit und die ihnen auf dem Fuße folgende Großproduktion mußten die zünftige Organisation der Arbeit auf immer zertrümmern. Sie wieder herstellen zu wollen und davon eine Hebung des dem Großbetrieb erkliegenden Handwerks zu erwarten, wie es heute vielfach geschieht, bewirkt nur, daß es bei uns noch sehr viel beschränkte Leute gibt.

Der mittelalterliche Handwerksgefell war eine Erscheinung, die sich mit dem „freien“ Arbeiter von heute gar nicht vergleichen läßt. Er hatte sich zu bewegen innerhalb fester, genau vorgeschriebener Formen, die oft sehr lästig und drückend waren; aber diese Formen garantierten ihm auch seine Existenz. Er spielte eine ganz andere Rolle in der Gesellschaft, als seine Nachfolger in unseren Tagen. Inzwischen haben sich alle Verhältnisse grundlich verändert.

Der Gefell genoss den Schutz und die Rechte der Zunft, ohne darum deren vollberechtigtes Mitglied zu sein. Vom Meister war er in den meisten Fällen recht abhängig, wenn auch betont wurde, daß die zünftigen Handwerksgefallen freie Leute seien. Der Gefell wohnte beim Meister und empfing die Kost von ihm, sowie Feuerung, Licht und Wasche. Der Lohn wurde entweder durch Verabredung oder von den Zunftbehörden festgesetzt. Die Arbeitszeit dauerte im Allgemeinen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang.

Inessen erforderten die damaligen öffentlichen Zustände, daß auch die Handwerksgefallen in den Städten in den Waffen gekleidet sein mußten. Die Schuster zu Frankfurt und die Messerschmiede zu Nürnberg führten um Halbacht Schwerdtzüge auf, welche ihre Uebung in den Waffen genugsam bewiesen. Die Gezellen trugen wie die Meister Degen, Dolche und andere Waffen; den Schuhmachergezellen zu Frankfurt ward 1511 nach schweren Kaufhändeln verboten, längere Degen zu tragen. Die Schuhmachergezellen der guten Stadt Leipzig mußten sehr entschiedene Beute gewesen sein, denn sie schickten im Jahre 1491 einen Fehdebrief an alle Professoren und Studenten der Universität wegen Verletzung ihrer Standesehre.

Die Gezellen bildeten selbstverständlich auch unter sich Zünfte und Bruderschaften, die eigene Leitung und eigenes Vermögen hatten. Aus den Klassen der Gezellenzünfte wurden die Mitglieder bei einer Krankheit und bei einer Verarmung unterstützt; diese Gezellenzünfte waren also eine Art Vorläufer der modernen Gewerkschaften. Im fünfzehnten Jahrhundert waren die Gezellenzünfte manchmal sehr mächtig und einflußreich; es kam vor, daß sie bei Streitigkeiten zwischen Gezellen und Zünften den Ausschlag gaben. Der Beitritt zu den Gezellenzünften war obligatorisch. Wer da glaubt, daß das Verhältnis zwischen Meister und Gezellen damals immer ein harmonisches war, irrt sich gewaltig; es kamen große Arbeitseinstellungen in Masse vor.

In Mainz wurden einmal sämtliche Schneidergezellen vom Handwerk ausgeschlossen; in Oppenheim versammelten sich im Jahre 1506 die sämtlichen Meister aus 21 rheinischen Städten und berieten, was sie gegen das „aufrührerische Wesen und die Lohnforderungen der Gezellen“ thun sollten.

Die Bäckergezellen zu Colmar gerieten wegen einer an sich geringfügigen Sache mit dem Rath der Stadt in einen zehnjährigen Streit, welchen Fall wir deshalb anführen, weil aus demselben zu ersehen ist, wie viel die Handwerksgezellen auf die wenige Selbstständigkeit hielten, die ihnen verblieben. Die Bäckergezellen stellten nämlich plötzlich die Arbeit ein, weil sie in ihren Rechten und Herkommen verletzt seien. Man habe ihnen nicht den herkömmlichen Platz bei der Fronleichnamspogression eingeräumt. Der Zunftstolz der Bäcker trat in dieser Form zu Tage. Der Rath erklärte die Gezellen in Verzug und sie wurden zu einer Geldstrafe verurtheilt; allein sie trieben die Sache bis zum Reichskammergericht in Frankfurt a. M., welches die Sache indessen nicht schlichten konnte. Zehn Jahre hielten die Colmarer Bäcker mit ihrem Streit aus und wurden von ihren Gewerksgenossen nachdrücklich mit Geld und allem Möglichen versehen. 1505 kam es zu einem Vergleich, wonach die Bäckerzunft an

die Stadt 170 Gulden zahlte, dagegen sollten alle gegen die streikenden Bäcker erlassenen Verordnungen „ab und todt“ sein und sollten die Bäcker auch ihren Platz in der Fronleichnamspogression wieder haben. Die Gezellen hatten sonach den Sieg davongetragen.

Die Streitigkeiten waren auf dem Lande seltener, dagegen in den Städten stößt man überall auf Kämpfe, in denen die Gezellen, wie heute, höheren Lohn oder bessere Kost oder längere Arbeitszeit zu erreichen suchten.

Das Vorurtheil gegen die Verkürzung der Arbeitszeit mochte bei dem Wohlstand von damals noch bedeutend größer sein, denn heute; man hielt ein solches Verlangen einfach für Faulheit, wie man auch die anderen Forderungen der Gezellen häufig als übertrieben bezeichnete.

Wir haben nun gesehen, daß die Arbeiter vor 400 Jahren eben so gut, wenn vielleicht auch nicht so stark ausgebeutet wurden, als dies heute der Fall ist.

Der größte Fehler aber wäre, wenn man glauben wollte, das einmal historisch und notwendig Intergegangene ließe sich unter so veränderten Verhältnissen, wie die heutigen sind, wieder herstellen. Es gibt solche Thoren, die das glauben. Sie bedürfen keiner ernsthaften Widerlegung.

Andererseits werden die Verehrer der heutigen Wirtschaftsverordnung sehen, daß sie sich mit den Erregenschaften von heute nicht allzusehr zu brüsten brauchen.

Aus Oesterreich.

Die Kommission der österreichischen Gewerkschaften hat folgendes Programm aufgestellt:

1. Die Betreibung der Organisation in denjenigen Industrien und Gruppen, deren Angehörige theilweise oder noch nicht organisiert sind mit besonderer Berücksichtigung der Provinz.
2. Gründung von Widerstandsfonden.
3. Die Statuten des Vereins zu einem Einheitslichen und Praktischen zusammenzustellen.
4. Das Unterstützungswesen, als Rechtsschutz, Reise, Herbergs- und Vermittlungswesen etc. zu zentralisieren durch Anstrengung der Errichtung von Arbeiterbörsen.
5. Die von den einzelnen Vereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen zusammenzustellen, sowie statistische Aufstellungen über sämtliche Streiks zu führen.
6. Verbände für zusammengehörnde Industriegruppen zu bilden.
7. Veröffentlichung aller die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Angelegenheiten durch ein zu gründendes Korrespondenzblatt für die Vorstände.
8. Regelung der Fachpresse.
9. Einen Gewerkschaftskongress einzuberufen.

Die Aufgaben der Vereine gegenüber der Gewerkschaftskommission werden wie folgt präzisirt:

1. Jede Organisation hat pro Monat an die Gewerkschaftskommission einen bestimmten Beitrag zu leisten. Von diesen Beiträgen sind zunächst die Kosten des Blattes, Verwaltung, Agitation etc. zu bestreiten.
2. Jede Organisation ist verpflichtet, die statistischen Erhebungen der Kommission zur allgemeinen Zusammenstellung und Veröffentlichung zu übermitteln, sowie einen vierteljährlichen Bericht für Arbeiterlosen und Reiseunterstützung, Rechtsschutz und Vermittlungswesen etc. einzufenden, resp. die bezügliche Fragebogen der Kommission genau zu beantworten.
3. Von etwaigen Streiks der Kommission zu berichten, womöglich nach Thunlichkeit deren Ursachen eingeholen.
4. Sich bei Streiks gegenseitig zu unterstützen oder wenn es die Nothwendigkeit erheißt, daß einzelne Industriezweige sich an den Streik anschließen, dasselbe zu vollführen.
5. Die Ausschüßungen der Kommission bekannt zu machen, damit sich dieselbe bei dringenden Angelegenheiten mit dem Ausschüß ins Einvernehmen setzen kann.
6. Zu den Verbandstagen und Kongressen die Kommission einzuladen.
7. Die Beschlässe der Kommission, sowohl der gemeinsamen Versammlungen, der Vertreter der Vereine, sowie der Gewerkschaftskongresse zu beachten und einzufallen.
8. Die Kommission bei den Erhebungen über Statistik zu unterstützen.
9. Vorschläge in Beziehung auf Organisation zu machen.

Außerdem wurde folgender Fragebogen versendet:

Erstreckt seine Thätigkeit auf welches Gebiet? Welche Branchen umfaßt der, dieselbe? Datum der Gründung? Zahl der im Gewerbe oder den Branchen beschäftigten Personen? Zahl der wirklichen Mitglieder zu Anfang des Jahres. Hat der Verein weibliche Mitglieder, wie viele? Können auch Lehrlinge aufgenommen werden? Wie viele sind schon Mitglieder? Höhe der Beiträge und in welchem Termin? auch Kategorien, wenn nicht ein gleicher Beitrag eingeführt ist? Was gewährt der Verein seinen Mitgliedern?

(Anstatt diese Frage zu beantworten, wolle man ein Exemplar der Statuten beilegen.) Ist Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, welcher Betrag und wie lang? Was wurde im verfloßenen Jahr an Arbeitslosen-Unterstützung ausbezahlt? An wie viele Mitglieder? Ist Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, wie und welcher Betrag? Wie viele erhielten im Vorjahre die Arbeitslosen-Unterstützung? Hat der Verein den unregelmäßigen Besuchsbesuch eingeführt? Wie viele Rechtschulung waren im Vorjahre und was wurde dafür ausbezahlt? Wie und zu wessen Gunsten sind dieselben ausgefallen? Werden Erhebungen über Arbeits- und Wohnverhältnisse gemacht? Wurden solche bereits gemacht und können aus diesen zur Verfügung gestellt werden? Ist die Arbeitsvermittlung eingeführt und wo wird vermittelt? Wie viele Vermittlungen fanden im Vorjahre statt? Gehört der Verein einem Verbands an und welchem? Hat der Verein Ortsgruppen und wie viele und wo? Ist ein Widerstandsfond eingeführt, zu welchem Zwecke wird derselbe verwendet? Wie hoch ist der gegenwärtige Widerstandsfond? Wie hoch sind die Beiträge zu demselben und in welchem Termin? Wie hoch waren die Einnahmen und Ausgaben des Jahres im Vorjahre? Wird das Vertrauensmännersystem gepflegt und auf welche Art? Halten Sie im Laufe des Jahres einen Haupttag (Kongress) ab? Halten Sie ein Privatlokal, was kostet dasselbe? In welche Industriezweige wünschen Sie eingeteilt zu werden? Sind Sie für den monatlichen Pauschalbeitrag für die Kommission: unter 100 Mitglieder 50 kr., von 100-200 Mitglieder 1 fl., über 200 Mitglieder 2 fl., über 500 Mitglieder ein dementsprechender Betrag oder sind Sie für eine prozentuale Beitragsleistung? An wen und wohin sind Beschriften berechtigt zu richten? Wie viel und welche Orte Ihres Wirkungskreises sind nicht organisiert? Welches sind Ihre dringlichsten Wünsche in Bezug auf die Organisation? 1. Sind Sie für einen Gewerkschaftskongress? 2. Wann und wo soll derselbe stattfinden?

Korrespondenzen.

Klempner.

Hamburg. (Sektion der Klempner und verw. Berufsgenossen.) In der am 24. Juni im Hohenfelder Kasino abgehaltenen Mitgliedsversammlung stand auf der Tagesordnung als 1. Punkt: Bericht vom Gewerkschaftskartell. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Reorganisationsentwurf für das Hamburger Gewerkschaftskartell mit 2000 Stimmen angenommen ist. In Sachen Harmonia-Post beschloß das Kartell den Boykott. Hierzu bemerkt der Berichterstatter, daß nach dem heutigen Stand der Angelegenheit zu urtheilen, die Harmonia-Post bereit sein wird, den Kontrakt mit ihren Angestellten herab zu ändern, daß damit die bisherigen anstößigen Paragrafen verschwinden. 2. Punkt der Tagesordnung: Vortrag vom Praktikant S. Brüger über Gegenstände der medizinischen Behandlung zur Naturheilkunde. Einleitend bemerkt der Referent, daß schon im Alterthum die Heilkraft des Wassers und der Segen einer geregelten Lebensweise erkannt worden sei, dagegen im Mittelalter das Naturheilverfahren durch medizinische Schulpolitik und den Wunder- und Aberglauben gänzlich verdrängt worden sei, bis endlich durch Hahnemann die alte Medizin erfolgreich bekämpft und umgeworfen, und dadurch das sogenannte homöopathische Verfahren (das ist die Regelung der Diätfrage) zur Geltung gebracht wurde. Der allopathischen Medizin seien die Dosen der Homöopathie nicht genügend. Nach dem Grundsatz: Viel hilft viel, werden dem Kranken Menschen eine Flasche voll nach der andern eingepumpt, ohne Rücksicht auf den Magen und die Geldbörse des Patienten. Mit wenigen Ausnahmen sei die ganze heutige Medizin Numbp. Davon befreien könne uns nur die Verstaatlichung der medizinischen Wissenschaft, dann würden auch die natürlichen physikalischen Hilfsmittel wie Wasser, Luft, Elektrizität zur vollen Geltung gelangen. Lustige Arbeitsräume, mehr freie Zeit zur besseren Pflege und Reinhaltung des Körpers, durch Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Existenzbedingungen um eine bessere Nahrung zu erzielen, Kontrolle über die Nahrungs- und Genussmittel, Staats-sanatorien für Lungenkranke, das sollten die vornehmsten Aufgaben eines jeden Staates sein. Auf die in der Diskussion gestellten Fragen äußerte sich Referent speziell über die Verunsicherungen unserer Branche. Bei Rheumatismus, resp. den Erältungskrankheiten verwirft Referent entschieden den Gebrauch von medizinischen Mitteln, wie Salicyl u. Bom Standpunkt der Naturheilkunde sei die Massage das beste und sicherste Mittel um die durch Erältung hervorgerufenen Blutheile in Bewegung resp. zur Ausscheidung zu bringen. Als Vorbeugungsmittel gegen die schädliche Wirkung giftiger Dämpfe seien Salzsäure, denaturirter Spirit, und gegen giftige Substanzen: Nennige, Distillat sei zu empfehlen. Reinigen der Hände

und des Mundes vor dem Essen, täglich gründliche Reinigung des ganzen Körpers, nicht zu vergessen die Nasenhöhlen. Als vorzuziehendes Getränk ist besonders gekochte Milch zu empfehlen mit oder ohne Zusatz von einigen Tropfen Cognac. Bei Blutarmuth empfehle er kurze, kräftige Uebelung mit anfangs erwärmtem Wasser bei mäßig warmer Lufttemperatur. Unter allgemeinem Beifall der Versammlung führte Redner noch aus, daß die vegetarische Lebensweise für unser nördliches Klima nicht passend sei. Der Vegetarismus habe sich sehr unberechtigter Weise in der Naturheilkunde eingeführt, durch langjährige Erfahrung sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß für unser nördliches Klima die gemischte Kost die beste sei. Zum Schluß machte Referent sehr interessante Ausführungen über Cholera. Referent ist der Ueberzeugung, daß die angewandten medizinischen Mittel, auch die Einspritzungen, den Erwartungen nicht entsprechen hätten, dagegen habe sich das von ihm angewandte Verfahren glänzend bewährt. Eisumschläge von 30 bis 40°, dann Frostlitz und dabei reichlich zu trinken geben, warm oder kalt, das sei das beste Mittel dagegen. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Zum 8. Punkt wurde das Schreiben an die Junung verlesen und dann beschlossen, die nächste Versammlung im „Englischen Thol“, Kirchen-Allee, St. Georg, abzuhalten. Auf die am 6. August stattfindende Sommerausfahrt nach Schulan wurde aufmerksam gemacht. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Metall-Arbeiter.

Augoburg. In der am 24. Juni abgehaltenen Versammlung des D. M. V. hielt Kollege Strübe einen Vortrag über Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Der Referent legte in klaren Worten die Ziele unserer Gewerkschaftsorganisation dar und schilberte den Unterschied zwischen den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und unseren gewerkschaftlichen Vereinigungen. Des Weiteren kritisierte er das schroffe Vorgehen unserer Unternehmer, welche unsere Organisation zu unterdrücken suchten. Als erstes Ziel betonte der Referent die Verkürzung der Arbeitszeit, welche durch die immer stärker um sich greifende Arbeitslosigkeit bedingt wird, und die bei ihrer strikten Durchführung gewiß nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die geistige Ausbildung der Arbeiter bleiben wird. Zum Schluß forderte er die Arbeiter auf, welche einer Arbeiterorganisation angehören, die nicht auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung steht, derselben den Rücken zu kehren und sich unserer Organisation anzuschließen. Der Redner erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Sodann wurde beschlossen, hier eine Sektion der Spengler zu gründen, wozu eine Kommission gewählt wurde, welche diese Angelegenheit bis zu einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung regeln wird. Wir ersuchen besonders unsere älteren Kollegen, die Versammlungen öfter zu besuchen, da in letzter Versammlung fast ausschließlich jüngere Leute anwesend waren.

Jahr. In der letzten Ausschusssitzung wurde beschlossen, unser bisheriges Verzeichniss lokal zu verlegen, da sich der Bestzer derselben grobe und ungerechtfertigte Beleidigungen gegen die Organisation zu Schulden kommen ließ. Wir machen es jedem Kollegen zur Pflicht, die Wirtshauswirtschaft von Erb, „Kleines Kasino“, zu meiden. Unser jetziges Lokal befindet sich in der Wirtshauswirtschaft des Herrn Ernst Bösch, „Zum Weiß“. Ferner laden wir alle Kollegen zur nächsten Versammlung ein, besonders werden die Restanten erjucht, recht zahlreich zu erscheinen und ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls sie zu gewärtigen haben, daß sie ihnen vom Verbands gewährten Vortheile und Rechte entzogen werden. Alles Weitere im Lokal.

Membrandenburg. In unserer am 29. Juni stattgefundenen Versammlung hatten wir folgende Tagesordnung: Zahlung der Beiträge, welche von sämmtlichen anwesenden Genossen entrichtet wurden. Dann folgte Wahl eines neuen Bevollmächtigten, weil unser bisheriger Bevollmächtigter gezwungen ist, abzureisen. Die Wahl fiel auf Vorschlag unseres Bevollmächtigten auf den Genossen Wilhelm Hagen. Der 3. Punkt war Beschlusfassung über das Vereinslokal und die Vereinsabende. Es wurde das Lokal des Herrn A. Faloby einstimmig gewählt. Die Versammlungen werden alle 14 Tage am Samstag Abends von 9 Uhr an abgehalten. Punkt 4: Beschlusfassung über das Stiftungsfest. Es kam in der Sache keine Einigung zu Stande, weil mehrere Kollegen für eine Partie per Wagen, andere für ein Tanzergnügen verbunden mit Theater und Konzert stimmten. Hierauf wurde die Verhandlung auf die nächste Versammlung verschoben. Mit Bezugnahme auf einen Druckfehler in Nr. 25 vom 24. Juni machen wir bekannt, daß der Vertrauensmann von Mecklenburg-Strelitz Hermann Ihre heißt. — Unsere Adresse ist jetzt: Wilhelm Wagen, Südbahnstraße 14.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. (Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer.) Mitglieder-Versammlung am 27. Juni im Harmonia-Gesellschaftshaus. Nachdem die Versammlung eröffnet und das Protokoll verlesen, wurde vom Vorsitzenden folgender Antrag eingebracht: 1) Einen Vortrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. 2) Sobald sich ein tüchtiger Referent gefunden, die Versammlung einzuberufen. Dieser Antrag wurde ohne Abstimmung angenommen. Betreffs Flugblatt wurde beschlossen, die Kommission nochmal einzuberufen, da die Mitglieder derselben das letzte Mal nicht erschienen waren. Hierauf gingen verschiedene Redner mit dem Vorsitzenden in's Geheft und wurde gewünscht, daß die Geschäfte der Sektion etwas besser und ergatter erledigt werden.

Schläger.

Nürnberg. Mit welchen Mitteln unsere Kapitalisten kämpfen, beweist nachstehender Fall. Am Montag, den 26. Juni, fand im Kontowagarten eine Versammlung der Sektion der Metallschläger statt, in der die Abhne der Sengender'schen Werkstatt einer Kritik unterworfen wurden. Zu einem frecken Beschluß kam es jedoch nicht. Es fand sich aber ein Subjekt, welches die Sache ansprach und es dem Herrn hinterbrachte; natürlich ganz entsetzt. Derselbe sagte gleich, in der Werkstatt wollen sie (die Schläger) streiken. Samstag darauf wurde dem Bevollmächtigten, der in derselben Werkstatt arbeitet, ohne Grund gekündigt. Unser Bevollmächtigter ist seit zwei Jahren dort beschäftigt gewesen und laut Zeugniß des Prinzipals zu seiner vollsten Zufriedenheit. So wird ein Arbeiter, der für die gerechte Sache streitet, mit nichts für nichts auf die Straße geworfen. Kollegen und Kolleginnen, bedenkt Eure Lage, schließt Euch alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an! Denn nur vereint können wir im Kampfe gegen das Proletariat siegen. Also auf, durch Kampf zum Sieg!

Nürnberg. In einer öffentlichen Schläger-Versammlung, welche am Montag, den 19. Juni, stattfand, wurde Kollege Angler (Metallschläger) als Vertrauensmann der Schläger Nürnberg's gewählt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Im Laufe der verfloßenen Woche sind den Verwaltungen und Vertrauensleuten die von der Generalversammlung beschlossenen Statuten und die ebenfalls von derselben eingeführten Delegirten- und Reservereservemarken zugestellt worden und ersuchen wir diejenigen, die noch nicht im Besitz derselben sind, sofort Nachricht nach hier gelangen zu lassen.

Vielfachen Anfragen betreffend die Verwendung der zugesandten Delegirten- und Reservereservemarken zufolge weisen wir darauf hin, daß die Verwendung aus den §§ 15 Abs 3 des Statuts und 12 des Streik-Reglements zur Genüge hervorgeht und daß nach diesen Bestimmungen jedes Mitglied verpflichtet ist, im Vertriebsjahr je eine der beiden Marken zu lösen.

Die der Statutenendung beigefügten Abrechenzettelarten werden vielfach falsch ausgefüllt, indem auf einzelnen nur die Namen, auf anderen die Geburtsdaten angegeben werden, die Angabe der Straßen aber unterbleibt. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die Abrechen zettel mit Vor- und Zunamen, Straße und Hausnummer anzugeben und zwar nicht nur für die Bevollmächtigten und Kassiere, sondern wo ständige Revisoren gewählt sind, auch für diese.

Da mit Ende Juni wieder eine Rechnungsperiode und zwar die letzte zweimonatliche schloß, so machen wir darauf aufmerksam, daß auf der Abrechnung nur die in den Monaten Mai und Juni gemachten Einnahmen aufgeführt sein dürfen. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß nur die im Mai und Juni an die Verbandskasse gesandten Gelder aufgeführt werden und daß alle nach dem 30. Juni (vielleicht am Tage, wo die Abrechnung zusammengestellt wird) eingesandten Gelder auf die folgende Abrechnung (Juli bis September) gehören. Es ist genau darauf zu achten, daß die Abrechnungen von der gesammten Ortsverwaltung unterschrieben und mit dem Ortsstempel versehen sind.

Die Vertrauensmänner der Orte, wo örtliche Verwaltungen nicht bestehen, haben gelegentlich der Aufstellung der Abrechnung in einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmittelglieder Revisoren wählen zu lassen, welche die Abrechnung zu prüfen und mit zu unterzeichnen haben. Die Thätigkeit dieser Revisoren erstreckt sich nur auf die Abrechnung, für die sie gewählt sind und ist keine dauernde.

Folgende Mitgliedsbücher werden für unglücklich erklärt und sind ev. anzuhalten:

- Nr. 36595. Dreher Karl Richter, geb. 30. August 1870 zu Werwangen.
Nr. 36939. Gärtler Karl Stammel, geb. 30. Deabr. 1872 zu Beobschütz.
Nr. ? Feilenhauer Hermann Richter, geb. 4. März 1876 zu Chemnitz.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: Feilenhauer und Schleifer von Bernburg, Calm in Württemberg und Linden bei Hannover, Former von Dersfeld, Feilenhauer von Deuben bei Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von Solingen und Mannheim.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlösserstraße 21, 1, zu richten, und ist auf den für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwießen Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Abrechnung von der Hauptkasse pro Juni 1893.

Einnahme: Kassenbestand Ende Mai M 554,87. Einschreibegeld und Beiträge: Mannheim, Spengler 14,10. Dreimerhaven, Klempner, 49,90. Apenrade 14,95. Ratingen 36,90. Breslau 88. Leipzig-Ost 84. Göttingen 18,80. Flensburg 76,60. Belg 6,87. Wittweida 25. Brühl b. Elb 14,10. Braunschweig, Schlosser 20. Kaiserlautern, Former 20. Nürnberg, Metallschläger 11,86. Torgau 18,20. Essen 82,66. Canstatt 40. Wala 5,10. Halberstadt 18. Wachen 50. Mainz 6. Eilenburg 25. Saleiz 2,10. Seba babrik 17. Pinneberg 9,60. Höchst a. M. 3,60. Schmitz-Doos 60. Pörschappel 60. Wab, Althald. 17,50. Suhl 19,80. Dresden-Alst. 272,22. Jzehoe 15. Ederförde 18,80. Nürnberg, Schlofer 100. Sandau 25. Magdeburg-Buchau 70. Augsburg, Feilenhauer 28,50. Wehlar 15,10. Hamburg, Feilenhauer 8,70. Oldenburg 4,75. Nürnberg, Feilenhauer 25,80. Schwabach 65,40. Vandsberg a. Bsch 28. Barmb. 12,50. Bodenheim 102,40. Meerane 4,15. Hirschfeld 11,60. Want b. W. 180. Leipzig-Ost 100. Eibing 26,88. Bergeborf 52,90. Altenburg 122,80. Fürstenwalde 21. Hamburg, Mechaniker 12. Fürth 79. Limbach 20. Einzelmitglieder der Hauptkasse 240,88. — Eingegangene Gelder ohne nähere Angabe woher: Harburg 100. Leipzig-West 100. Uettrien 17. Wilhelm a. Mgn., Feilenhauer 12,48. Striegan 6. Pörsch 18,50. Werten 27,20. Belg 11,22. — Delegirtenmarken a 25 J. Bremerhaven, Klempner 5,75. Apenrade 4,50. Ratingen 8. Breslau 12,50. Leipzig-Ost 88. Göttingen 1. Schwerin 26,50. Flensburg 2,50. Belg 10. Wittweida 5. Brühl bei Elb 0,50. Torgau 0,50. Jena 7. Helmstedt 14,50. U. a. 7. Frankfurt a. O. 3,50. Sorau a. Hbst a. M. 1,50. Suhl 1. Dresden-Alst. 85,50. Jzehoe 5. Augsburg, Feilenhauer 3,50. Stegen 1,50. Wehlar 0,25. Hamburg, Feilenhauer 2,25. Oldenburg 1,25. Nürnberg, Feilenhauer 3,50. Barmb. 3,25. Bodenheim 10,75. Meerane 6. Regensburg 6,25. Want b. W. 15. Halle a. S. 7,50. Bergeborf 2,25. Altenburg 10,75. Fürth 1,50. Limbach 2,50. Einzelmitglieder der Hauptkasse 5,50. — Extramarken: Flensburg 12. Belg 0,20. Torgau 0,30. Fürstenwalde 2,60. Einzelmitglieder der Hauptkasse 0,80. Reservereserv a 15 J. Vandsberg a. Bsch 1,05. Sonstige Einnahmen: Schwerin von den 83 1/2 Proz. 20. Altona, Ueberschuß vom gemeinschaftlichen Vergnügen zur Agitation überwiesen 44,05. Halberstadt von den 83 1/2 Proz. 17. Frankfurt a. M. vom Unterstützungsfond überwiesen 15,88. Döppeln, 1. Erlagsbuch 0,20. Bodenheim von den 83 1/2 Proz. 17,87. Do. vom Unterstützungsfond überwiesen 7,82. Meerane, von den 83 1/2 Prozent 2,98. Eibing für Zeitung von Nichtmitgliedern 3,25. Altenburg, von den 83 1/2 Prozent 30. Fürstenwalde, von den 83 1/2 Prozent 12. Einzelmitglieder der Hauptkasse, bezahltes Porto 30,33. Für alte Protokolle 15,60. Neue Protokolle 19,30. Summa 3955,47.

Ausgabe: Metallarbeiter-Zeitung M 900. Kaufschutempel 10. Gehalt der Bureaubeamten 450. Hilfsarbeiter 204. Entschädigung an die Revisorenkommission 18. Revisoren 23,20. Entschädigung der unbesoldeten Vorstandsmitglieder 19,80. Bureaukosten nebst Bedienung 30. Bureaurechnungen 118,80. Sachliche Ausgaben 80,54. Porto 184,35. — Zuschüsse an die Zahlstellen: Stuttgart 70. Berlin 100. Mainz 100. Straßburg-Neudorf 1. Elb. 20. Caspel 100. Osnabrück 50. Freiburg i. Br. 40. Regensburg 50. Bernburg 40. Helmstedt 40. Ansbach 30. Stegburg 25. Magdeburg 60. Nordhausen 50. Sandshut 30. Danzig 80.

Würgburg 50, Heidelberg 80, Berlin 100, Halle a. S. 60, Hildesheim 50, Fulda 30, Schweinfurt 20, Neu-Muppin 50, Bremen 100, Aschersleben 50, Schwerin 30, Summa 3453,65.

Bilance:
Einnahme 8,955,47.
Ausgabe 8,458,65.
Kassenbestand m. 501,82.

Eingegangene Gelder für die ausgegebenen Marken der Generalkommission: Freiburg i. Br. 8,90, Mannheim, Spensler 2,40, Minden i. B. 0,10, Summa 6,40.

Vermischtes.

Für Frage der Hebung des Handwerks bemerkt „Der Kupferhammer“, Organ für die Interessen der Kupferindustrie, Folgendes: Das Zurückgehen und Verschwinden der kleinen Betriebe innerhalb unseres Berufes zeigt sich täglich mehr und mehr, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Zustände in demselben berartige werden, daß die Inhaber kleiner Betriebe entweder wieder als Lohnarbeiter ihr Brod verdienen müssen, oder aber zu anderer Beschäftigung übergehen werden, um ihre Existenz zu fristen; ein Dagegenanstreben, um die Auflösung zu verhindern, kann wenig Aussicht auf Erfolg haben. Das kleine Handwerk, das von den Großbetrieben aufgefangt wird, ist nicht konkurrenzfähig und muß wohl oder übel dem Weg der Vernichtung entgegengehen, wie dies ja schon vielfach in anderen Branchen geschehen ist, wo die Kleinbetriebe zu wahren Glanzstätten herabgesunken oder ganz verschwunden sind. Geradezu aber muß es jeden Beobachter mit Mitleiden erfüllen, wenn man das Bestreben ganzer Vereine der Arbeitgeber verfolgt, die den Zweck haben sollen, das Schicksal, welches den Kleinbetrieben durch die heutige Produktionsweise zugefallen ist, abzuwenden. Anstatt sich der heutigen Produktionsweise anzupassen und die Tätigkeit auf solche Artikel auszubehnen, die in der Neuzeit innerhalb der Industrie aufstauen, sich also ein weiteres Abzagebiet zu schaffen, wird die ganze Zeit und das Geld nur dazu verwendet, um das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen und den Lohn möglichst herabzudrücken, anstatt eine Erweiterung des Gewerbes zu erstreben und dadurch wenigstens den Versuch zu machen, das Handwerk zu heben. Der Verein der Kupferhammerbetriebe in Deutschland hat es sich ja zur Aufgabe gemacht, nach § 1 seiner Satzungen unter Alinea b Maßregeln herbeizuführen, welche geeignet sind, zur Hebung des Kupferhammer-Gewerbes beizutragen. Trotzdem nun schon der Verein im vierien Jahre besteht, so ist von dem üblichen Vorsatz, bezw. seiner Ausführung, noch nichts zu verspüren; im Gegenteil scheint es, als ob der Verein thatsächlich noch nicht die Maßregeln gefunden hat, um sie auszuführen und dadurch das Handwerk zu heben. Es spricht dafür, daß dies auch in Zukunft nicht geschehen werde. Das Mittel, um das Handwerk zu heben, werden unsere Arbeitgeber ebensowenig finden, wie es die Arbeitgeber anderer Branchen gefunden haben; vermögen sie doch nicht einmal darin ein Abkommen zu treffen, um die Arbeiten innerhalb eines begrenzten Kreises zu einem vereinbarten Minimumsatz zu übernehmen, unter dem kein Unternehmer Arbeiten übernehmen sollte. Wenn wir auch durch eine solche Maßregel die Hebung des Handwerks nicht erwarten, weil wir überhaupt an eine solche nicht mehr glauben, so wäre es immerhin ein Schritt, der dazu beitragen würde, die Scheidungskonkurrenz zu beseitigen und es den Arbeitgebern zu ermöglichen, einen anständigen Lohn zu bezahlen. Allein schon bei diesem Punkt zeigt es sich, daß die Interessen der Großbetriebe mit denen der Kleinbetriebe nicht analog sind, aus welchem Grunde denn auch von der Erstrebung eines wie oben angeregten Abkommens Abstand genommen wird. Während gerade die Kleinbetriebe zu einem derartigen Abkommen sich geneigt zeigen, stehen die großen Betriebe solchem Vorhaben direkt entgegen und wollen sich darin nicht binden, um sich die Freiheit des eigenen Handelns zu wahren und dadurch die leistungsfähigere Konkurrenz der Kleinbetriebe gegenüber zu betätigen.

Wie sieht's am Nordpol aus?
Aus Christiana schreibt man der „Kreuz-Zeitung“: Der Mitarbeiter eines hiesigen Blattes hat einen Astronom angefragt, um zu erfahren, wie es Dr. Fridtjof Nansen eigentlich ergehen würde, wenn er — was man ja immerhin hoffen darf — den Nordpol wirklich erreichen sollte. Der Astronom ertheilte folgende Aufklärungen: „Wahrscheinlich ist es am Nordpol bei Weltem nicht so kalt, als gewöhnlich angenommen wird. Nord- und Südpol sind keineswegs die kältesten Gegenden der Erde. Schon in der Schule lernte man aus der Geographie, daß es zwei sogenannte Stätpole gibt, doch keiner derselben fällt mit den geographischen Polen zusammen. Der eine derselben liegt in dem

nördlichsten Nordamerika, der andere in Sibirien an einer Stelle, welche Werflohank heißt. Werflohank hat im Januar eine Mitteltemperatur von 50 Grad Celsius unter Null, und das Quecksilber gefriert. Man hat in Werflohank sogar 68 Grad Kälte gehabt, aber es ist, wie bemerkt, wahrscheinlich bedeutend milder am Nordpol. Was die Beleuchtung betrifft, wird Nansen recht eigentümliche Verhältnisse kennen lernen. Er wird Tag haben vom 21. März bis zum 22. September; den Rest des Jahres hat er Nacht, eine Nacht, so schwarz wie unsere Herbstnächte. Aber die Sterne befinden sich ohne Aufhören am Himmel; er wird sie weder auf- noch untergehen sehen. Ueberall herrscht tiefe schredliche Stille. Dann brechen die Stürme los, die Stürme im Eismeer. Keiner kann sich einen Begriff davon machen, was ein Sturm im Eismeer mitten in der Winternacht sagen will. Es heult und braust draußen in der unendlichen Finsterniß, es feuert und stöhnt und schreit und lärm, als ob alle Giganten der Unterwelt losgelassen wären und sich in wilder Raserei tummelten. Dazu vollständige Finsterniß, tief, undurchdringlich, ohne Grenzen. Man weiß, daß die Eisberge sich um Eilen thürmen, und man weiß, daß das Meer unter ihnen ist, aber man sieht nichts. Das Unwetter raft; man schaukelt in der elenden Nuschale von einem Schiff einsam in der Finsterniß, mit der Todesangst im Herzen. Die Nacht im Eismeer ist schauerlich. Dann kommt eine Zeit, so lang etwa wie einer von unseren Tagen, wo Nansen das Tagesgrauen sehen wird. Er schaut die Morgenröthe, welche das Wiedererschinen der Sonne ankündigt. Und er steht den Himmel sich mit goldener Gluth färben, und in einem Vierteljahr steigt die Sonne höher und höher. In den nächsten Monaten gleitet sie wieder hinab; aber in diesem ganzen Jahr ist es Tag. Dann tritt die Dämmerung ein. Trotz der Kälte und der Finsterniß wird Nansen bemerken, daß sich das Thierleben rund um ihn rührt. Es gibt wahrscheinlich Vögel, die ihr ganzes Leben am Pol zubringen. In Werflohank leben ungeheure Schaaren von Krähen, welche schreiend aufsitzen, wenn man sich nähert, und durch ihre Menge die Sonne verbunkeln. Recht heiter sind die Zeitverhältnisse am Nordpol. Wenn Nansen einen Tisch mitten auf den Pol stellt und mit seinen Begleitern in der Runde um den Tisch Platz nimmt, dann ist es, wenn keine Uhr 12 Uhr zeigt, für den, der links neben ihm sitzt, 1 Uhr, für den nächsten 2 Uhr und so weiter. Ist Nansen's Zeit knapp bestellt, dann rückt er um einen Platz nach links — sofort hat er eine Stunde gewonnen. Die Beute an dem Tische auf dem Nordpol sitzen eben auf allen nördlichen Meridianen, welche dort zusammenlaufen. Oder um andere Worte zu gebrauchen; es gibt keinen Stunden-schlag am Nordpol. Und es gibt auch kein Nord oder Ost oder West dort; es gibt dort nur ein Süd. Nansen steht wie ein Zapfen auf dem Nordpol, und Alles liegt für ihn im Süden, der ganze Erdball mit Land und Meer. Ob er hierher oder dorthin geht, auf oder nieder, es bleibt Süden Alles zusammen.“

Wie man in Chicago baut, um den Fremden gastliche Stätten zu bereiten, darüber gibt Wilhelm der Irfahrer in der „Köln. Ztg.“ interessante Mittheilungen. Im letzten Monate waren nicht weniger als 279 sogenannte Hotels in der Nähe des Jackson-Parks aus der Erde gewachsen, die zusammen 33,945 Zimmer erhalten sollen. Wie solid diese Bauten ausgeführt sind, geht aus der Thatsache hervor, daß in 24 Stunden zwei der aus Holz und Gips zusammengestopelten „Hotels“ ganz munter zusammenstiegen. So purzelte das seiner Vollendung nahe sogenannte „Cardale-Hotel“, das auf 86 Schlafzimmer berechnet war, am letzten Donnerstag unvorhergesehen zusammen, und wo eine Minute vorher ein dreistöckiger Gasthof gestanden hatte, war nichts mehr zu sehen, als ein Haufen von Balken und Brettern. Die 50 Arbeiter, die an dem Bau beschäftigt waren, hatten sich nach beendigtem Tagewerk zum Glück schon empfohlen. Der Bau war am 6. März dieses Jahres begonnen; er ist mit verdoppelter Anzahl Arbeiter sofort wieder in Angriff genommen, um den augereisten Fremdlingen noch zu Anfang Mai durch seine Pracht zu imponiren. Nicht weit von dem „Cardale“ stand ein anderes Kartenhaus, genannt „Wymouth-Hotel“, welches 15 Minuten nach Mitternacht zu einem Haufen von Brettern und Balken zusammenstürzte, nachdem es als dreistöckiger Gasthof mit 165 Zimmern fast fertig geworden war. Das geschah 7 Stunden nach dem Sturz des „Cardale-Hotels“, und am Tage darnach fiel ein aus Holz errichtetes Paroriamgebäude zusammen, das ebenfalls bald fertig geworden war und 16 Meter Höhe, 88 Meter im Durchmesser hatte. Der geneigte Leser ist nun vollständig in der Lage, aus diesen Vorkommnissen „Winkel“ zu ziehen, die ihm unter Umständen das Leben retten können. Schon ein sogenanntes solides amerikanisches Gasthofge-

äude brennt unter gewöhnlichen Umständen floter als irgend etwas anderes auf der Welt. Man muß nur solche Stoffe bauen gelassen haben. Da überzeugt man sich davon, daß ihre inneren Theile, sozusagen ihre Eingeweide, aus einem Urwald von Balken und Brettern bestehen, wovon natürlich nichts mehr zu sehen ist, wenn das fertige Gebäude mit seiner steinernen Fassade prangt. Aber lassen Sie da einmal Feuer auskommen, so ist das Innere des ganzen riesigen Hauses in zehn bis fünfzehn Minuten ein prasselnder Hochofen, was hauptsächlich dem Umstande zu danken ist, daß durch die himmelshohen Schächte der Personenaufzüge das Feuer wie durch Blasebälge gefördert wird und in wenigen Minuten das ganze Innere des Hauses in eine brodelnde Hölle verwandelt. Alle Welt weiß, daß es in amerikanischen Gasthöfen mehr Brand- und Unfallfälle der furchtbarsten Art gibt, als in allen anderen Ländern zusammen genommen. Und die bekanntesten eigneten sich in verhältnismäßig sehr soliden Bauten, deren Dienstpersonal mit der Einrichtung des Hauses genau und mit Rettungsmäßigkeiten wenigstens ziemlich vertraut war. Jetzt denken Sie sich aber diese riesigen Kartenhäuser, die in der Nähe des Jackson-Parks aus dem Boden gewachsen sind und von denen eins, aus Holz und Gips bestehend, 1100 Schlafzimmer besitzt und sich rühmt, daß es 2500 Personen unterbringen könne. Die kleine Armee von Bediensteten, wie eine solche Anstalt ihrer bedarf, wird ohne Zweifel aus dem buntschickigen Gesindel bestehen, das jetzt aus allen Weltgegenden in Chicago zusammenströmt, um hier durch leichte Arbeit viel Geld zu verdienen. Kommt es zu einer Katastrophe, so wird diese ganze Reichthümer nehmen, wie eine Schaar Spagen, die durch einen Schuß erschreckt sind; die Gassen werden brennen wie Häufen von Strohballen, und die Gassen werden darin unkommen, wie ein in eine große Gasflamme fallender Wäcken-schwarm.

In die Mitglieder der Reichskommission für Arbeiter-Statistik ist ein neues Heft vertheilt worden, das die Ergebnisse der im Herbst vorigen Jahres veranstalteten Erhebungen über die Arbeitszeit, Rindigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe enthält. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ theilt darüber mit: Dieses Heft, bestehend aus einem Bericht über die Ausführung der Erhebung, der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse und einem das Wesentliche daraus hervorhebenden Text, hat, ebenso wie das entsprechende frühere über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, den Zweck, der Kommission für Arbeiter-Statistik als Grundlage weiterer Ermittlungen zu dienen, die hauptsächlich durch mündliche Vernehmung von Vertretern der Beteiligten (von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen und sonstigen Sachverständigen) vorzunehmen sein werden; wie ja solche Ermittlungen für das Bäckergewerbe bereits im Gange sind. Diese Statistik bildet also nur einen Theil der Untersuchungen, welche die Kommission für Arbeiter-Statistik über den betreffenden Gewerbezweig anstellt, und auf Grund deren sie dann ihr Gutachten abzugeben hat, das als Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen dienen soll. Den statistischen Aufnahmen, die über die Bäckerei und über das Handelsgewerbe bearbeitet vorliegen und für die Mäureri im Gange sind, ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich nur auf einen Theil der Betriebe, nicht auf alle vorhandenen Betriebe erstrecken. Für die statistische Ermittlung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe sind 547 Fragebogen zur Hälfte von Arbeitgebern, zur Hälfte von Arbeitnehmern beantwortet, bearbeitet worden, für die statistische Ermittlung der Arbeitszeit, Rindigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse in offenen Ladengeschäften 8235 Fragebogen; für die entsprechende Statistik im Mäurergewerbe sind über 4000 Fragebogen ausgegeben. Da bei der Vertheilung die verschiedenen Landes-theile, Städtelassen der Orte und Größenklassen der Geschäfte Berücksichtigung gefunden haben, auch durch die Vorschriften über die Vertheilung dafür gesorgt ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig und ohne Aussehen der Person zu Worte kommen, so erfüllt diese an einen Theil der Betriebe beschränkte Aufnahme durchaus ihren Zweck: die in Deutschland in dem betreffenden Gewerbe üblichen Arbeitszeiten, Rindigungsfristen, Lehrlingsverhältnisse zu zeigen. Ausnahmen über alle in Betracht kommenden Betriebe oder Individuen sind nur dann erforderlich, wenn es eben auf die Zählung und darauf sich stützende Berechnungen ankommt, wenn es sich aber, wie hier, um die Feststellung von Gesetzmäßigkeiten (die Ausdehnung der Arbeitszeit etc.) handelt, so wäre es eine geradezu unverantwortliche Verschwendung von Zeit, Kraft und Geld, sich nicht mit der Sammlung von einigen Tausend Beispielen zu begnügen. In dem der Kommission für Arbeiter-Statistik jetzt vorgelegten Heft über das Handelsgewerbe

find, wie eben schon erwähnt, die Ergebnisse von 8235 Fragebogen verarbeitet. Von diesen sind 4157 von Prinzipalen, 4078 von Gehilfen beantwortet und sie stammen aus 374 verschiedenen Orten. Es handelt sich in erster Linie darum, die Geschäfts- und Arbeitszeit in den offenen Ladengeschäften mit Waaren des täglichen Bedarfs festzustellen, die ja besonderen Anlaß zu einer lang ausgehobten Ladenzzeit und Inanspruchnahme ihrer Verkäufer und Verkäuferinnen haben; wie sich denn in der That ergeben hat, daß 45,6 Prozent solcher Geschäfte eine Ladenzzeit von mehr als 14 Stunden haben und nur 15 Proz. von 12 und weniger Stunden; unter den Kolonial- und Materialwaaren-Geschäften sogar 84 Proz. eine mehr als 14stündige Ladenzzeit. Außer der Ladenzzeit und der Arbeitszeit der männlichen und weiblichen Gehilfen und Lehrlinge werden aber in den zehn Tabellen noch verschiedene andere aus den Fragebogen entnommene Daten über die Verhältnisse der Gehilfen im Handelsgewerbe verarbeitet: über Lehrlingsfristen, Besuch von Fachschulen, Rindigungsfristen, Gewährung von Kost und Wohnung beim Prinzipal. Der Inhalt dieses Hefts wird in der nächsten Sitzung der Reichskommission für die Arbeiter-Statistik einer Prüfung unterzogen und zu weiteren Ermittlungen benutzt werden.

Aus dem Reichsversicherungsamt.
Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Bödiker, hat sich an die Vorstände der Bergkammern gewandt, um dieselben zur Mitwirkung bei Erstattung von Obergutachten in Unfallfällen zu veranlassen. Diese Vermittlung soll erfolgen auf Antrag der Vorstände der Berufsvereinigungen oder der Schiedsgerichte oder auf Ersuchen des Reichsversicherungsamts. Ob es in allen Fällen der Bildung eines Gutachterkollegiums bedarf, oder ob etwa auch die Benennung eines einzelnen Arztes zur Erstattung des Obergutachtens genügt, wird innerhalb der Organisation der einzelnen Landesvereinigungen näher zu erörtern sein. — Selbst die offiziöse Presse ist genöthigt, folgende Dupliz vom Stapel zu lassen: „Obwohl die deutsche Unfallversicherung fast zwanzigmal so viel Personen umfaßt, als die österreichische (18 Millionen gegen 957,526 Personen), so befindet sich das sogenannte Unfallmuseum des Reichsversicherungsamts, welches seine Entstehung der Unfallversicherungsausstellung verdankt, die im Jahre 1889 unter dem Protektorat des Kaisers in Berlin stattfand, gleichwohl erst in den bescheidensten Anfängen und hat aus Mangel an Mitteln die notwendige Ergänzung der Sammlung bisher nicht erfolgen können. Da neuerdings die Berufsvereinigungen eine systematische Zusammenstellung aller auf die Unfallverhütung bezüglichen Vorschriften in Angriff genommen haben und die Veranschaulichung muster-gültiger Einrichtungen die Durchführung und Verbesserung solcher Vorschriften lediglich fördern kann, so dürfte eine zeitgemäße Ausstattung des Unfallmuseums, für welches das neue Dienstgebäude des Reichsversicherungsamts vielleicht einen passenden Raum bietet, um so wünschenswerther erscheinen.“ — Aus „Mangel an Mitteln“ kann also eine Einrichtung wie das Unfallmuseum, deren Nützlichkeit auf der Hand liegt, die von dem offiziellen Organ selbst als notwendig bezeichnete Ergänzung nicht finden. Wenn man ein solches beschämendes Eingeständnis machen muß, sollte man sich wirklich hüten, die Leistungen des Reichs für Kunst und Wissenschaft herauszutreiben. Wenn es gilt, für militärische Rüstungen Mittel zu schaffen, dann ist kein Mangel vorhanden. Da auch man den Scharfsinn der Finanzgenossen bewundern, wie sie verstehen, aus anderer Beute Jeder Kleinen zu schneiden. Aber Mittel für Bildungs- und Unterhaltungs-zwecke schaffen und bereit stellen will, der nun vorher dem Militarismus auf den Leib gehen.

— Der Schlosser Wolf zu Berlin stand in einer großen Fabrik seit mehr als 20 Jahren in Arbeit. Eines Tages erhielt er lohnende Aufforderung und war darüber so erfreut, daß er einen neuen Mitarbeiter, mit dem er sonst auf freundschaftlichem Fuße stand, wegen dessen schlechter Arbeit neckte. Kehterer Jakob unwillig und freudig erregten W. bei Seite, dieser stolperte und brach sich ein Bein. Als der Verletzte die nöthige ärztliche Hilfe und Stadt-Berufsgenossenschaft um Hilfe bat, lehnte diese jede Entschädigung ab, da W. nicht durch den Betrieb, sondern durch eigene Schuld und in Folge eines Rauschereis zu Schaden gekommen sei. Das Schiedsgericht verurtheilte aber die Berufsgenossenschaft, dem Verunglückten eine Rente zu gewähren, nachdem W. erklärt hatte, er wäre nicht gefallen, hätte er nicht auf ein Stück Stundlohn getreten. Gegen diese Entscheidung legte die berufsgenossenschaftliche Berufsgenossenschaft Protest beim Reichsversicherungsamt ein und beantragte, die Verurteilung als unzutreffend aufzuheben zu wollen. Nach eingehender Beratung beschäftigte aber der Senat das Urtheil des Schiedsgerichts als zutreffend und verworf den Rekurs der Berufsgenossenschaft. Das Unfallversicherungsgesetz habe, so führt

der Senat aus, die Arbeiter auch gegen die- jenigen Gefahren sicher stellen wollen, die der Verkehr zahlreicher Personen an einer Ver- triebsstätte in Verbindung mit muthwilligem oder fahrlässigem Handeln einzelner Arbeits- genossen im Besolge haben. Hierin seien auch die Fälle zu rechnen, in denen ein Ar- beiter dem andern anlässlich einer Spielerei, Ritzerei oder auch bei Schlägereien Verle- zungen zufügt, deren Entstehung oder deren Schwere durch Einrichtungen des Betriebes wesentlich mitbedingt ist. In vorliegendem Falle sei Kläger höchwahrscheinlich nur des- halb zu Schäden gekommen und zu Wunden gestürzt, weil er auf Stühle Mundweiser ge- stiegen hatte.

— Ist die Handwerkerkreise von Bedeu- tung für eine Entscheidung des Reichsverfä- hrungsamtes, welche dasselbe in der Unfall- versicherungssache des Tischlergesellen Bauer wider die Norddeutsche Holz-Berufsgenossen- schaft gefällt hat. Der noch jugendliche Werkzähler war am 29. September 1890 damit beschäftigt, schwere Schulbänke die Treppe hinunterzutragen. Dabei hat er einen Stoß gegen das Kreuz davongetragen, der ihm fortdauernde Schmerzen verursacht hat. Dem Kassenarzt Dr. Wolf, den er deshalb zu Rathe zog, wies ihn mit dem Bemerkten ab, daß ein sogenannter „Hegenschuß“ vorliege. Die Schmerzen ließen aber nicht nach. Da ihn der Meister mit leichten Arbeiten zum alten Lohnsage weiter beschäftigte, hatte der Kläger keine Veranlassung, etwas Besonderes gegen die Schmerzen und die sich bemerkbar machende Schwäche zu thun. Erst am 16. Juni 1892, also nach 1 1/2 Jahren zeigte sich ein schweres Rückenwirbelleiden, und es trat eine vollständige Verkümmung des Rücken- wirbels ein, welche den Betroffenen nahezu völlig erwerbsunfähig macht. Die Berufs- genossenschaft, an welche Besterer nunmehr den Antrag auf Gewährung einer Rente stellte, lehnte denselben ab, und das ange- rufene Schiedsgericht wies die eingelegte Ver- zurechnung zurück, indem es das Vorliegen eines Betriebsunfalles verneinte. Denn, so führte es aus, das Tragen von Möbelstücken über Treppen ist eine von Tischlern regelmäßig auszuführende Arbeit und das Anstoßen an irgend einen Körper ein ganz gewöhnliches, an sich nicht gefahrbringendes Ereignis. Redakteur Frankel legte Rekurs ein. In dem Termine führte er aus, daß jeder, selbst ganz leichte Stoß, durch den Able Folgen eintreten, als Unfall anzusehen sei. Das Reichsver- fahrungsamt theilte diese Auffassung und billigte dem Kläger 85 Prozent der Voll- rente zu.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart F. H. W. Dieck Verlag) ist soeben das 40. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das erste Wahlergebnis. — Der wildgewordene Klein- bürger und Bauer und die Wahlen. — Zur Geschichte der Volkrechte. Die Wirkungen des Referendums. Von Theodor Curti. — Zur Bevölkerungsfrage in Frankreich. Von Paul Lafargue. — Notizen: Zur Morbiditäts- statistik in den bayerischen Heilanstalten. — Feuilleton: Zwei Schacheln einen Solde. Von S. M. Palmirini. (Autorisierte Ueber- setzung von S. Hany.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. H. W. Dieck Verlag) ist uns soeben die Nr. 13 des 3. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Unser der Sieg. — Zur Lage der in der Kürschnerbranche beschäftigten Ver- liner Arbeiterinnen. — Der junge Soldat. Nach Lamennais' „Worte des Glaubens“ (1833). — Ein Programm bürgerlicher Frauenrechtelei auf der Ausstellung zu Chicago. — Feuilleton: Kindermärchen. Satire von Joh. Herm. Deimold. — Ar- beiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. Nebst einem An- hang über den historischen Materialismus. VII und 500 Seiten 8°. Preis brosch. M 3.—, geb. M 3.50. 17. Band der Internationalen Bibliothek, kleine Ausgabe. (Verlag von F. H. W. Dieck in Stuttgart.) Inhalts-Verzeichnis. Erster Theil. Kritische Geschichte der Lessing-Legende. 1. Lessing und die Bourgeoise. 2. Der Keim der Lessing-Legende. 3. Seine, Cervinus, Danzel über Lessing. 4. Das Lessing-Buch von Stahl. 5. König Friedrich und Lessing. 6. Der brandenburgisch-preu- ßische Staat. 7. Friedrichs aufgeklärter Despotismus. 8. Friedrichs Diplomatie und Kriegsführung. 9. Zur Psychologie des sieben- jährigen Krieges. 10. Scherer und Erich Schmidt über Lessing. — Zweiter Theil. Lessing und die jüdische Kurpaat. 2. Lessing und die Universität Leipzig. 3. Berlin im achtzehnten Jahrhundert. 4. Lessing in Berlin und Wittenberg. 5. Lessing's literarische An- fänge. 6. Lessing im siebenjährigen Kriege.

7. Breslauer Meisterwerke. 8. Lessing in Hamburg. 9. Die Leidensjahre in Wolfen- büttel. 10. Lessings 17te Kämpfe. 11. Lessing und das Proletariat. Anhang. Ueber den historischen Materialismus.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Sonnabend, 8. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im „goldenen Löwen“. L.O.: Das Inkrafttreten des neuen Statuts.

Altona. Montag, 10. Juli, Abds. halb 9 Uhr, kombinierte Mitglieder-versamm- lung der Sektionen der Klempner und Schlosser und verm. Berufsgenossen von Altona im Lokale des Herrn Karjes, Blü- menstraße 41. L.O.: Vortrag. Antrag: Verschmelzung beider Sektionen. Unser Sommervergnügen. Verschiedenes.

Augsburg. Sonntag, 9. Juli, Morgens 10 Uhr findet beim Paritätswirth eine öffentliche Metallarbeiter-versamm- lung statt, wozu alle Metallarbeiter Augs- burgs freundlich eingeladen sind. Besonders die Spengler werden behufs Gründung einer Sektion dringend gebeten, pünktlich zu er- scheinen.

Böhm. Samstag, 15. Juli, außer- ordentliche Mitglieder-Versammlung bei Frau Fischer, Bahnhof-Präsident. Tages- ordnung im Lokale. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Bunzlau. Sonnabend, 15. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Ganbhof“ zu den 3 Kronen. Tagesordnung im Lokale. Die Kollegen werden ersucht, voll- zählig zu erscheinen. — Wir machen die restirenden Mitglieder auf § 3 Abs. a des Verbandsstatuts aufmerksam.

Darmstadt. Samstag, 15. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „zur Stadt Mannheim.“ Tagesordnung im Lokale. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in der Versammlung zu er- scheinen.

Portmund. Sonntag, 9. Juli findet keine Versammlung statt, doch werden Bei- träge erhoben. — Mitgliedskarten zum Fest per Stück 20 J werden gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Wirth Gönnig, Rheinstraße 102, zu jeder Tageszeit aus- gegeben.

Puffelhof. Sonntag, 9. Juli, Nach- mittags 4 Uhr im Lokale der Wittve Busch- hagen, Derendorf, Münsterstr. 126, öffent- liche Metallarbeiter-Versammlung. Tagesordnung im Lokale. — Nach der Ver- sammlung findet eine vom Verband veran- staltete gemütliche Abendunterhaltung mit gechl. Tanzkränzen statt. — Sonntag, den 13. August, großes Stiftungsfest verbun- den mit Ausflug nach Reitwig, wozu die un- terliegenden Verwaltungsstellen hiermit einge- laden werden. Wir bitten um recht zahl- reiche Theilnehmung.

Unsbürg. Sonntag, 16. Juli, Ver- sammlung. L.O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Jahresbericht des Vorstandes. Vortrag. Verschiedenes.

Worzenthal. Samstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Lokale Sad, Welsch- gasse, Versammlung. L.O.: Beitragber- hebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Ausgabe der neuen Statuten. Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Genosse Bruno Köner-Ludwigshafen. Die restirenden Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Voll- zähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Zwenburg. (Allg.) Sonnabend, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, General-Versam- lung bei Chr. Ralfs. L.O.: Beitragzah- lung. Protokollverlesen. Wahl eines Bei- tragskolporteurs.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr im „Rebstock“, Kruggasse 4, Mitglieder-versammlung. L.O.: Vortrag. Abrechnung. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Frankfurt a. M. (Verwaltungen von Frankfurt und Umgebung.) Sonntag, den 9. Juli, Familienausflug nach Hom- burg v. d. S. Abfahrt 12 Uhr 20 Minuten Mittags. Sammelpunkt bei Stein, große Gallusgasse um 11 Uhr. Um zahlreiche Theilnehmung wird ersucht.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.) Samstag, 16. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-versammlung im „Rebstock“, Kruggasse 4. L.O.: Vortrag des Herrn Schwalbach über die Unverträglichkeit des Stoffs und die Sterblichkeit des Geistes. Abrechnung. Fragelosen und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Ver- sammlung zahlreich und pünktlich zu er- scheinen.

Leipzig i. Schl. Sonntag, 16. Juli, Nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-versamm- lung im Verkehrslokal, Siebach's Restau- rant. Das Erscheinen aller Mitglieder ist

bringen notwendig. — Restanten werden um Abführung der Steuern ersucht.

Gießen. Samstag, 8. Juli, General- Versammlung. L.O.: Abrechnung von Mai-Juni. Wahl eines Kassiers. Wahl zweier Kommissionsmitglieder zum Sommer- fest. Verschiedenes. — Die Restanten wer- den ersucht, ihren Verpflichtungen nachzu- kommen.

Göppingen. Samstag, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokale „Hirsch“. L.O.: Einzahlung. Aufnahme. Ausgabe des neuen Statuts. Berathung über die Regelu- ng des Einzugs der Beiträge und der „Metallarbeiter-Zeitung“. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert voll- zähliges Erscheinen der Mitglieder.

Hamburg. (Sektion der Klempner etc.) Mitglieder-versammlung am Dienstag, 11. Juli, Abends halb 9 Uhr im „Englischen Tivoli“, Kirchenallee St. Georg von 8—9 Uhr. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zah- lung der Beiträge und Ausgabe der reb. Statuten. — Sonntag, 8. Aug., Sommer- tour nach Schulau (Dampftour). — Jeden Sonntag von 10—12 Uhr Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge: In Barmerbeck bei Hildebrandt, „Schützenhalle“; in Eilbeck bei H. Witten, Wandbäcker- schausee 156, Part.; in Hammerbrook bei H. Wob, Grünerbelch 69, II; in St. Georg bei Rausch, Ecke Steinbäum und Bünchburger- straße; in Eimsbüttel bei H. Tsch. Eims- bütteler Schaufer 69, Haus 16, Part. — Zentralschweis, Herberge und Verkehrslokal Grottenmarkt 38.

Hainau. Mitglieder-versammlung am 7. Juli im „gold. Löwen“. — Den durch- reisenden Mitgliedern zur Kenntniz, daß die Herberge des D. M. A. zu Hainau nicht mehr Langstraße ist, sondern zu Gastwirth Herr- mann, Domplatz, verlegt wurde.

Herrford. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge bei Wirth Scheppening, Brüderstraße, der provisorische Arbeitsnachweis beim Kollegen Wiler, Adr.: Fellenhauer Wessell, Johannistr., befindet.

Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 15. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder- Versammlung im „Saalbau“. Tagesord- nung im Lokale.

Kiegnitz. Sonnabend, 8. Juli, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Verschiedenes. Bekanntmachung der Ab- rechnung Mai-Juni. Verlesung des Protokolls der 1. ordentlichen Generalversammlung Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahl- reich zu erscheinen.

Mühlhausen i. Th. Am Sonntag, 16. Juli feiert die Filiale der Metallarbeiter ihr Sommerfest im Meiser'schen Hagen. Zusammenkunft früh 6 Uhr am Spring- brunnen. Musik von der Kummer'schen Brücke ab.

Musfeld a. O. Den Mitgliedern zur Kenntniz, daß Sonnabend, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr eine öffentliche Mit- glieder-Versammlung stattfindet. — Auch machen wir nochmals bekannt, daß sich die Wohnung des Vertrauensmanns vom 26. Juni ab nicht mehr Berliner Vorst. 31, sondern Wilhelmstr. 16, V befindet.

Münberg. (Sektion der Schläger.) Montag, den 10. Juli im „Contumazgarten“ außerordentliche Mitglieder-versamm- lung. L.O.: Die Maßregelung unseres Besoldungsmittigen. Verschiedenes. Die Mit- glieder werden ersucht, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Münberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 8. Juli, Abds. 8 Uhr in der Restauration „Sängertranz“, Döschmannsplatz, Mitglieder-Versamm- lung. Tagesordnung im Lokale. — Die künftigen Zahler werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ansonst die Veröffentlichung der Namen erfolgen müßte. (Siehe Bekanntmachung des Zentralsor- standes.)

Osnabrück. Sonnabend, den 15. Juli, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im

Vereinslokal bei Gastwirth Senger, Johan- nesstraße 45.

Oberhausen. (Mhlnnd.) Sonnabend, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, außerordent- liche Mitglieder-versammlung im Ver- einslokal bei Herrn Grob. L.O.: Vorstand- wahl. Aufnahme neuer Mitglieder. Rech- nungsablage. Besprechung eines Sommer- vergnügens. Verschiedenes.

Pirna i. S. Sonntag, 9. Juli, Vor- mittags halb 10 Uhr, Zahltag im „Carola- Bad“. Tagesordnung im Lokale. Das Er- scheinen aller hiesigen und auswärtigen Mit- glieder ist erwünscht.

Pyhalke. Die regelmäßigen Mitglie- der-versammlungen finden vom 1. Juli ab alle 14 Tage am Samstag Abds. 8 Uhr in unserem Vereinslokal bei Wirth Schu- macher, Wilhelmienstraße in Gelsenkirchen statt. Um pünktliches und zahlreiches Er- scheinen wird ersucht.

Schnitzing-Doos. Sonntag, 16. Juli, Vormittags 10 Uhr bei Spielg in Muggen- hof, Mitglieder-Versammlung.

Strasburg i. Elz. Die Mitglieder- Versammlungen finden von Sonntag, den 9. Juli ab alle 14 Tage Vormittags 10 Uhr statt. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist von jetzt ab Drusenstraße 9, woselbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

Stuttgart. (Sektion der Faschner.) Samstag, 8. Juli, Abends 8 Uhr, Mitglie- der-Versammlung bei Vogner, Christoph- straße 9. L.O.: Aufnahme und Einzah- lung. Vortrag. Kassenbericht vom letzten Quartal. Verschiedenes. — Wegen Ausgabe der neuen Statuten ist vollzähliges Erscheinen sowie Mitbringen der Mitgliedsbücher unbed- ingt erforderlich. — Auch werden die Restan- ten dringend ersucht, ihren Pflichten nachzu- kommen.

Wiesbaden. Samstag, 15. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokale. Bei der Wichtig- keit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. — Auch machen wir die restirenden Mitglieder auf § 3 Abs. a des Verbandsstatuts aufmerksam.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 8. Juli, Abends 8 Uhr im Lokale bei Buche ster, Wallstraße, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zah- lung der Beiträge. Wahl eines Kassiers. Innere Verbandsangelegenheiten. — Den Mitgliedern zur Kenntniz, daß die neuen Statuten und Protokolle zur Ausgabe ge- langen. Restanten werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber nach- zukommen, andernfalls wir nach § 3a vor- gehen müssen.

Worms. Den Mitgliedern zur Nach- richt, daß unsere Mitglieder-Versamm- lungen von jetzt ab alle Samstage Abends 9 Uhr im „Alteher Hof“ bei B. der statt- finden. Die Kollegen werden ersucht, voll- zähliger zu erscheinen. — Wir machen die restirenden Mitglieder auf § 3 Abs. a des Verbandsstatuts aufmerksam.

Zirndorf. Montag, 10. Juli, Abends halb 9 Uhr, Versammlung. L.O.: Ab- rechnung. Verschiedenes. Vortrag des Ge- nossen Klampfer über: „Die Macht der Presse“.

Zimbach i. S. (Metallarbeiter-Fach- vereine.) Sonnabend, 8. Juli, General- versammlung. L.O.: Rechnungsablage. Neuwahl des Vorstandes. Nebisorenwahl. Verschiedenes. — Die Versammlung findet nicht auf dem Schützenplatz, sondern im „Hotel Johannishof“ statt. Die Kollegen werden gebeten, dies zu beachten.

Aufforderung. Der Feilenhauer Her- mann Frieling'sdorf (volgo R. d. g.) wird hiermit aufgefordert, umgehend seine Adresse dem Unterzeichneten anzeigen zu lassen.

Edward Thallmayer, München, Krämerstr. 16, II.

Meyers Kleines Konversations-Lexikon. Fünfte, neubearbeitete und vermehrte Auflage. 78,000 Artikel und viele hundert Abbildungen, Karten u. a. 66 Lieferungen zu je 30 Pfennig = 18 Kreuzer oder 3 Halbfranzbände zu je 8 Mark = 4 Fl. 80 Kr. Die ersten Lieferungen zur Ansicht. — Prospekte gratis. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.